

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

SW Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonnabend, den 12. Juli 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Annoncen-
zeile oder deren Raum 60 Pfg. für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Berufungs-Anzeigen 30 Pfg.
„Kleine Anzeigen“, das festgedruckte
Wort 20 Pfg. (außerdem 2 festgedruckte
Wörter), jedes weitere Wort 10 Pfg.
Stellenangebote und Schlußklausuren
zählen das erste Wort 10 Pfg., jedes
weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buch-
staben zählen für zwei Worte. Inserate
für die nächste Nummer müssen bis
5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pro Nummer 20 Pf.
Einzelheft 20 Pf. monatlich 1.10 RM.
Inhaltsverzeichnis 20 Pf. frei und Haus-
nummer mit Inhaltlicher Sonntags-
Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
abonnements: 1.10 RM pro Monat.
Eingetragen in die Post-Zeitungs-
Preisliste. Unter Anzeigeband für
Deutschland und Oesterreich Ungarn
2.50 RM, für das übrige Ausland
4 RM pro Monat. Postabonnements
nehmen an: Belgien, Dänemark,
Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich.

Die Massenstreikfrage.

I.

Es ist eine alte Erfahrung, daß nach großen Wahlsiegen unserer Partei eine gewisse Reaktion eintritt. Trotz aller theoretischen Einsicht knüpfen sich an solche Siege unbestimmte Erwartungen, vage Hoffnungen auf augenblickliche Erfolge, wenn diese nicht eintreten, wenn namentlich auf sozialpolitischem Gebiet der Reichstag versagt, dann sinkt die Stimmung, und Selbstkritik sucht zu finden, welche Ursachen denn an solchen wirklichen und vermeintlichen Mißerfolgen die Schuld tragen. Solcher Ursachen kann es zweierlei Reiben geben. Der Fortschritt der Partei hängt einmal ab von objektiven Umständen, von der bestimmten politischen Situation, in der wir uns auf einem bestimmten Grad gesellschaftlicher Entwicklung befinden. Er hängt zum anderen ab von der Art, wie wir uns in der gegebenen Situation benehmen, wie wir unsere Kräfte benützen, welche subjektive Auffassung wir von den objektiven Bedingungen unseres Kampfes haben, kurz: von unserer Taktik. Natürlich ist geschichtlich unsere Taktik bestimmt durch die objektiven Umstände, hängt der Grad unserer Einsicht von dem Stande der gesellschaftlichen Entwicklung ab. Aber diese schließliche Bestimmtheit der Taktik geht hervor aus dem Kampf der Meinungen der einzelnen Parteigenossen, ist die Resultierende ihrer verschiedenen Anschauungen und erscheint so als das Bestimmende, unmittelbar beeinflussbare gegenüber der objektiv gegebenen politischen Situation. So knüpft jede Diskussion in der Partei naturgemäß an eine Kritik der bisherigen Taktik als des scheinbar sofort Veränderlichen an und muß sich um den Nachweis bemühen, daß diese nicht mehr den geänderten Verhältnissen entspricht. Nur wenn dieser letztere Nachweis gelingt, nur wenn nachgewiesen wird, daß die Verhältnisse selbst neue Mittel möglich und nötig machen, wird die Diskussion zu fruchtbaren Ergebnissen führen, unseren Kampf erweitern und verschärfen. Es ist das Charakteristische und Entscheidende der gegenwärtigen Diskussion, daß sie sich in einem gar sehr von mancher früheren unterscheidet. In früheren Jahren wurde der Partei von ihren Kritikern vorgeworfen, sie lege nicht genug Wert auf momentane praktische Erfolge, sie schäbe die Kleinarbeit zu gering, sie nähe parlamentarische Konstellationen zu wenig aus, sie betone allzusehr das revolutionäre Endziel, anstatt all ihre Aufmerksamkeit auf die Bewegung des Tages zu konzentrieren. Jetzt klingt es anders. Klagen erlösen, daß unsere Fortschritte zu langsam, daß das Erreichte zu gering, daß die Alltagsorgen unsere Leidenschaft lähmen, daß die Tätigkeit in den parlamentarischen Vertretungskörpern unseren Blick ablenke von unseren großen Zielen und von den Mitteln, sie zu erreichen, von den Aktionen und Kräften der Massen. Und gerade Genossen, die früher als die Anwälte nüchternster Gegenwartspolitik galten, treten jetzt jenen zur Seite, die nach Verschärfung unserer Taktik rufen. Und als konkretes Ziel bezeichnen sie die Wiederaufnahme des Wahlrechtskampfes in Preußen und die Einsetzung der proletarischen Kampfkraft zur Eroberung des gleichen Wahlrechts, wenn es sein muß auch durch den Massenstreik.

Diese Forderung ist ohne weiteres verständlich. Wir haben eben die preussischen Landtagswahlen hinter uns und mühten wieder voll Bitterkeit und Born erleben, daß das Dreiklassenwahlrecht jedem Ansturm bei den Wahlen standhält, daß eine Aenderung der Majoritätsverhältnisse, die eine wirkliche Reform verbürate, unter diesem Wahlrecht auf absehbare Zeit fast unmöglich ist, daß die Wahlreform also nicht von dem Dreiklassenparlament, sondern nur von dem Druck von außen zu erwarten ist. Zugleich zeigte uns Belgien ein Proletariat, welches bereits zum drittenmal zu dem Mittel des Massenstreiks griff, um die Wahlreform durchzusetzen. Und der Verlauf der belgischen Bewegung hat der Idee des Massenstreiks neue Anhänger gewonnen. Zum erstenmal wurde ein so gewaltiger politischer Streik nach rein gewerkschaftlichen Grundrissen durchgeführt. In unerschütterlicher Ruhe blieben die Arbeiter der Arbeit fern. Zusammenstöße wurden vermieden, und war auch der unmittelbare Erfolg gering, so blieb die Kampffähigkeit des Proletariats ungeschwächt. Die Organisationen nahmen zu, die Siegeszuversicht des Proletariats war gewachsen, die Aussichten auf Fortführung des Kampfes besser als zuvor.

Der politische Massenstreik erscheint so als ein Mittel, das zwar seinem Wesen nach revolutionär ist, weil es die unmittelbare ökonomische Macht des Proletariats zum Ausdruck bringt, aber zugleich als ein Mittel, das von den proletarischen Organisationen auch während seiner Anwendung beherrscht werden kann, dessen Ausmaß sie bestimmen können, das nicht verlangt, daß alles auf eine Karte gesetzt wird, sondern das je nach dem Widerstande, der sich dem Proletariat entgegenstellt, abgemessen werden kann. Nicht um die Entscheidungsschlacht, um den Besitz der politischen Macht, sondern um ein Gefecht im Klassenkampf, um eine Teilforderung, scheint es sich zu handeln.

Dies erklärt uns, warum die Idee des Massenstreiks jetzt auch bei den Genossen Anklang findet, die ihr früher ablehnend gegenüberstanden. Für sie bedeutet die Wahlreform

in Preußen die Vorbedingung jeder weiteren parlamentarischen Arbeit. Die Junkerherrschaft in Preußen trägt für sie die Hauptschuld an der Ohnmacht der Parlamente, vor allem an der des Reichstags. Die Junker haben dem Klassenkampf in Deutschland die schärfsten Formen gegeben, sie halten auch das Bürgertum nieder, verhindern jedes Aufwachen des Bürgertums mit der Sozialdemokratie und damit die allmähliche Demokratisierung, die sie in süddeutschen Parlamenten angebahnt glauben. Deshalb ist die preussische Wahlreform ein gemeinsames Interesse der Arbeiterklasse und des Bürgertums, und da das Bürgertum nun einmal zu feig und zu schwach ist, um dieses Interesse durchzusetzen, so muß das Proletariat zum Massenstreik greifen, um die Bahn auch in Preußen freizumachen für den Fortschritt der Demokratie. Ohne Massenstreik kein brauchbares Parlament, ohne ein solches Parlament kein Fortschreiten der Entwicklung. Also müssen wir zum Massenstreik greifen.

Ganz anders argumentiert eine andere Gruppe von Kritikern der Parteitaktik. Auch ihr ist der Fortschritt zu langsam, auch sie fordert, die Partei müsse ihre Angriffskraft steigern. Und auch sie verlangt die Anwendung des Massenstreiks. Aber sie erwartet von ihm ganz andere Wirkungen, als die bloße Eroberung des Wahlrechts und die Aenderung einer parlamentarischen Situation. Der Massenstreik wird den gesamten Widerstand der herrschenden Mächte finden; ein gewaltiges Ringen um die Macht beginnt, in dem sich die Zusammenstöße der beiden Klassen immer wiederholen; immer neue Schichten von indifferenten oder gegnerischen Arbeitergruppen werden gewonnen und in den Kampf einbezogen; es kommt zu einer Aufeinanderfolge immer gewaltiger Massenstreiks und Massenaktionen, zu einer revolutionären Periode, in der sich das Schicksal der bürgerlichen Welt erfüllen wird.

So stehen sich eine reformistische und eine anscheinend revolutionäre Auffassung des Massenstreiks gegenüber, die so grundverschieden sind, doch praktisch zunächst darin einig sind, die Anwendung dieses Mittels für den preussischen Wahlrechtskampf zu empfehlen, dessen Durchführung und Folgen sie sich allerdings ganz entgegengesetzt vorstellen.

Beiden Richtungen ist aber noch ein anderes gemeinsam: sie beide sind mit der momentanen Situation unzufrieden; sie wollen sie ändern und glauben im Massenstreik das Mittel zur Aenderung gefunden zu haben. Sie fragen nicht, wie ist die Situation, welche Taktik bedingt sie; sondern sie suchen nach einer Taktik, die die Situation umgestalten soll. Es ist im letzten Grunde die ideologische Auffassung, daß es nur das richtige Mittel zu erfinden, die rechte Taktik anzuknüpfen gilt, um die Welt nach Wunsch zu gestalten, während es marxistische Erkenntnis ist, daß die Taktik sich aus der Situation entwickelt, aus ihr mit Notwendigkeit hervorgehen muß.

Es gilt also die Situation zu prüfen, in der sich das deutsche Proletariat befindet, um danach über die entsprechende Taktik zu entscheiden und insbesondere darüber, ob und welche Lehren aus den Erfahrungen, die im Ausland mit dem Massenstreik gemacht worden sind, für Deutschland zu ziehen sind.

II.

Da scheint uns nun allerdings das deutsche Proletariat vorerst noch in einer einzigartigen Situation zu sein. Die deutsche Sozialdemokratie umfaßt ein Drittel des deutschen Volkes, sie ist in stetem Vormarsch begriffen, und alle staatlichen und gesellschaftlichen Machtmittel der Herrschenden werden unausgesetzt angewandt, um unser Fortschreiten zu hemmen. Vergebens, es geht unaufhaltsam vorwärts, muß vorwärts gehen, denn für uns wirkt die rapide industrielle Entwicklung, das Anwachsen der Proletarierarmeen, die Landflucht, und jede neue Berufszählung ist ein neues memento mori, eine neue Todesmahnung für die Herrschenden. Ganz anders in Ländern mit langwieriger ökonomischer Entwicklung oder mit einem noch wenig klassenbewußten Proletariat. Dort erscheint das Proletariat viel weniger als eine unmittelbare Bedrohung der Herrschaft der Bourgeoisie. Die bürgerlichen Parteien selbst stehen sich noch viel schroffer gegenüber, und sie suchen im Proletariat den Bundesgenossen. Die politischen Forderungen des Proletariats erscheinen noch nicht als eine für alle bürgerlichen Parteien annähernd gleiche Gefahr. Wenn in Holland heute die Liberalen die Sozialdemokratie bei den Stichwahlen unterstützen, um die liberale Herrschaft zu brechen, wenn sie bereit sind, das gleiche Wahlrecht im Bunde mit uns durchzuführen, so deshalb, weil dort die Arbeiterklasse und namentlich die klassenbewußten noch einen verhältnismäßig kleinen Teil der Wählerschaft bildet und die Bauern eine noch auf lange hinaus sichere Schutzwehr darstellen. Und erst recht ist das der Fall in Ländern wie Dänemark oder Oesterreich oder gar Rußland, wenn auch dort die agrarischen Verhältnisse manche Besonderheiten aufweisen. In solchen Ländern erscheint die Sozialdemokratie den Gegnern noch als eine Partei wie die andern. Nicht um den Besitz der politischen Macht, nicht um das Endziel, sondern um eine Gegenwartsforderung wird gekämpft, um eine Aenderung in der Zusammensetzung des Parlaments, dessen Ruhmher in erster Linie eine be-

stimmte Schicht der Bourgeoisie ist, so wichtig und notwendig auch die Durchsetzung des Wahlrechts für das Proletariat ist. Aber die Erlangung der Herrschaft bedeutet den Sieg noch lange nicht. Es bedeutet zunächst, daß die Sozialdemokratie 10 oder auch 20 Proz. der parlamentarischen Vertretung stellt. Es ist noch nicht ein Machtkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, sondern eine Ausnutzung der Machtkämpfe innerhalb der Bourgeoisie durch das Proletariat. Dies bedeutet aber, daß der Wahlrechtsforderung des Proletariats ein viel geringerer Widerstand von Herrschenden, die den Feind zugleich im eigenen Lager wissen, entgegengesetzt werden kann und es erklärt, warum auch im Fall einer Niederlage die Macht des Staates und der Unternehmer nicht mit voller Wucht gegen das Proletariat zur Anwendung gebracht werden kann.

Ganz anders in Deutschland, und darüber täuscht sich die reformistische Auffassung des Massenstreiks gründlich. Noch sind wir nicht die Majorität, aber wir sind auf dem Wege, es zu werden, und in unserer katastrophenreichen Zeit, wo jedes Jahr die Gefahr des Weltkrieges herausbeschwört, wächst die Unsicherheit der Bourgeoisie noch rascher als unser Wachstum. Da sieht die Bourgeoisie in unserer Wahlrechtsforderung nicht eine Gegenwartsforderung, sondern die unmittelbare Bedrohung ihrer Herrschaft, da betrachtet kein Teil uns als Bundesgenossen, sondern als gefährlichsten Feind. Wenn unser Liberalismus so feig, so miserabel, so nationalliberal ist, so doch nur aus Angst vor unserer Stärke. Nicht eine Aenderung der parlamentarischen Konstellation sieht die Bourgeoisie bis in die Fortschrittskreise hinein in unserer Wahlrechtsforderung, sondern den Kampf um die Macht. Hinter der Demokratie sieht sie den Sozialismus.

Und deshalb bedeutet der Massenstreik in Deutschland etwas wesentlich anderes als in den Ländern, in denen er bisher angewandt worden ist. Ein freier Massenstreik eröffnet dem deutschen Proletariat, ja dem Proletariat der ganzen Welt den Weg zur politischen Macht. Das wissen die Herrschenden und deshalb werden sie das Heuerste an Widerstand entgegensetzen, um einen solchen Sieg zu verhindern.

Das erkennt die andere Gruppe der Massenstreikpropagandisten ganz richtig. Aber sie verfährt dabei in andere Illusionen. Sie erwartet vom dem Massenstreik, daß er die revolutionäre Entwicklung herbeiführt, statt daß er aus ihr entspringt. Er soll uns die Mehrheit in der Bevölkerung geben, uns fernstehende Schichten gewinnen. Sie konstruiert deshalb einen Gegensatz zwischen der Masse, den Unorganisierten, und der Partei und ihren Organisationen. Uns erscheint dieser Gegensatz, der in der russischen Revolution allerdings von großer Bedeutung war, in Deutschland nicht zu existieren. Der Einfluß der Sozialdemokratie erstreckt sich ja keineswegs nur auf unsere Organisation. Er zeigt sich bei den Wahlen; es sind über ein Drittel nicht nur der Stimmbenden, sondern des Volkes; zu uns gehören ja auch die Frauen und die Jugendlichen, die nicht stimmen. Die Zahl der politisch Indifferenten ist, wie die hohe Wahlbeteiligung lehrt, nicht groß. Daß aber der Massenstreik, wenn ihn die Partei für das preussische Wahlrecht begönne, uns sofort die Indifferenten oder gar die gegnerisch Organisierten zuführte, ist eine Annahme, deren Optimismus unbegreiflich ist. Wenn diese Erwartung irgendwann berechtigt war, so beim letzten Bergarbeiterstreik, wo sie wohl auch von den erfahrenen Gewerkschaftsführern geteilt worden war. Das Gegenteil ist eingetreten, trotzdem es sich um Forderungen handelte, deren elementare Kraft wohl alle Arbeiter mit sich hätte fortziehen können. Und keine Stärkung der Kampffähigkeit, sondern Ermüdung und verstärkte Indifferenz war die Folge.

Das soll natürlich nicht besagen, daß diese Massen nicht auch für uns gewonnen werden können. Nur müssen sie zuerst durch aufrüttelnde Ereignisse zur Empörung gebracht sein, sollen sie an einem Massenstreik teilnehmen; nicht aber daß ein Massenstreik, der sie als Gleichgültige oder Gegner sieht, sie im weiteren Verlauf mit fortziehen müßte. Auch in Belgien standen die liberale Arbeiter, obwohl Anhänger der Wahlreform, abseits und blieben es.

Noch weniger Ueberzeugungskraft hat die Konstruktion von einer Aufeinanderfolge von Massenstreiks, sobald nur einmal die Partei zur Offensive übergegangen, und die Lehre von der relativen Unschädlichkeit von Niederlagen. Ihr widerspricht zunächst alle Erfahrung. Der schwedische Massenstreik, der für das Koalitionsrecht geführt worden war und mit der Niederlage endete, hat die gewerkschaftliche Organisation auf ein Drittel reduziert, auf Jahre hinaus die Kampffähigkeit geschwächt. Ebenso der belgische Streik von 1903, der das Proletariat entmutigte, die Stimmenzahl bei den Wahlen verminderte und die Partei jahrelang ganz in reformistische Bahnen lenkte.

Das alles aber wäre ein Kinderpiel gegen Deutschland. Staatsmacht und Unternehmerorganisationen würden sich vereint auf Partei und Gewerkschaften stürzen und alles anwenden, um die Wiederkehr der Gefahr, der sie eben entronnen, zu verhüten. Gemiß auch eine solche Niederlage würde überwunden, der endgültige Sieg ist nicht zu verhindern, aber die Bewegung wäre vielleicht auf Jahre zurückgeworfen.

Spricht das nun gegen den Massenstreik? Mit nichten! Auch wir sind überzeugt, daß der Massenstreik ein wirksames Mittel ist, daß es zu seiner Anwendung auch in Deutschland, sei es zur Abwehr, sei es zum Angriff, kommen wird. Aber weil es sich in Deutschland dabei um entscheidende Nachtproben handeln wird, deshalb darf er nicht von der Partei den Massen aufgedrängt werden als ein taktisches Auskunftsmitel, um über eine momentane Situation hinwegzukommen. Weil die Fortschritte zu langsam, weil in einer bestimmten Frage ein Erfolg noch nicht erzielt, weil man mit der Teilnahme der Massen nicht zufrieden ist, deshalb soll der Massenstreik propagiert werden, wie man einem lebensschwachen Patienten eine Kampferinjektion verabfolgt! Wir meinen gerade umgekehrt: Wenn die Massen in stürmischer Erregung sind, wenn sie vorwärts drängen, wenn sie um brennende Führer sich nicht mehr kümmern, wenn sie um jeden Preis, koste es was es wolle, ans Ziel gelangen wollen, dann ist der Augenblick, nicht wo der Massenstreik diskutiert und dann proklamiert ist, sondern wo er da ist, geboren aus der zwingenden unwiderstehlichen Gewalt der Massenbewegung.

Ein solcher Streik, von der Masse selbst mit unwiderstehlicher Wucht verlangt, der bietet dann auch ganz andere Aussichten für den Sieg, und selbst eine Niederlage bleibt, weil die Massen selbst die Notwendigkeit des Kampfes als unvermeidbar gefühlt hatten, nur eine bald überwundene Episode.

Der deutsche Parteitag wird sich jedenfalls mit der Frage des Massenstreiks beschäftigen und wir hoffen, daß die Diskussion über die Bedingungen des Streiks erhöhte Klarheit schaffen wird. Als unmittelbar drängende Frage wird er den Massenstreik in der augenblicklichen Lage, am Beginn einer Wirtschaftskrise, angesichts der Ungewißheit der politischen Situation in Preußen, kaum behandeln können. Es wäre verwerflich, die preussische Frage so anzusehen, als wäre hier die Partei in einer ausweglosen Situation. Die preussische Wahlrechtsfrage ist sicher ein Zentralproblem unserer gesamten inneren Politik. Aber sie ist, und das unterscheidet sie wesentlich von dem österreichischen, belgischen, holländischen und dänischen Wahlrechtsproblem, nicht das einzige. Die Konzentration unserer Kraft findet hier die Schwierigkeit, daß andere Probleme der Reichspolitik dazwischentreten, wo wir ein ganz anderes Kampffeld vorfinden. Und das gleiche Wahlrecht im Reich hat die Arbeiterchaft auch gegen die Ertragserschaft eines preussischen Wahlrechts kritischer gestimmt. Auch sie fühlt, daß es hier den Einsatz der ganzen Kraft erst lohnt, wenn es um die Entscheidung der politischen Machtfrage geht. Das Bewußtsein zu wecken, daß es zu solcher Entscheidung kommen wird und muß, und die Arbeiterchaft darauf agitatorisch und organisatorisch vorzubereiten, ist eine unserer wichtigsten Aufgaben, ist die beste Vorbereitung und zugleich die unumgängliche Vorbedingung für den Massenstreik. Wir hoffen, daß die Diskussion in diesem Sinne wirken und dazu beitragen wird, daß die revolutionäre Situation, der wir entgegengehen, uns dann auch bereit finden wird.

Die Rumänen auf bulgarischem Gebiet.

Ein Teil der rumänischen Armee hat die Donau überschritten und bulgarisches Gebiet besetzt. Auch die Hafenstadt Silistria ist bereits in Händen der Rumänen, ohne daß irgendwie von den Bulgaren Widerstand geleistet worden wäre. Rumänien will durch sein Vorgehen seinen Ansprüchen Nachdruck verleihen und sich die erstrebten Gebietsstücke durch eine rechtzeitige militärische Besetzung sichern. Gleichzeitig mit dem Einmarsch in Bulgarien erfolgte auch die Abberufung des rumänischen Gesandten in Sofia. Bulgarien will es auf einen kriegerischen Konflikt mit Rumänien nicht ankommen lassen; der bulgarische Gesandte in Bukarest hat Anweisung erhalten, auf seinem Posten zu bleiben.

Vertreter der bulgarischen Kriegspartei haben bürgerlichen Journalisten gegenüber alle Vermittlungsaktionen ihrer Regierung abzuleugnen versucht. Tatsächlich sind diese Aktionen, vor allem die Rußlands und Frankreichs im vollen Gange. Wie es heißt, sind Serbien und Griechenland zu einem Waffenstillstand bereit, wenn ihnen die Telle Razedoniens, auf die sie vor Ausbruch des Bruderkrieges Anspruch erhoben, zugestanden werden.

Auf dem Kriegsschauplatz gewinnen Serben und Griechen noch weiter Terrain, da die bulgarische Armee ihre Umsfassungsabsichten nicht durchführen konnte. Drollig ist dabei das Verhalten eines großen Teils der deutschen Presse, die anfangs felsenfest an einen bulgarischen Sieg geglaubt hatte, jetzt aber auf einmal herausfindet, daß Bulgarien schwere politische Fehler gemacht habe und schon aus militärischen und psychologischen Gründen nicht habe siegen können. Hätten die Herrschaften die vor allem aus Wien kommenden Meldungen etwas kritischer und kühler behandelt, brauchten sie sich jetzt nicht selbst desabouieren.

Eine Rundgebung der rumänischen Regierung.

Paris, 11. Juli. Die Blätter veröffentlichen den Text einer rumänischen Note, in der es heißt: Die rumänische Regierung hat bei Zeiten die bulgarische Regierung davon verständigt, daß Rumänien in dem Falle, daß die Balkanverbündeten sich im Kriegszustand befänden, die von ihm im Interesse des Friedens bisher beobachtete Reserve nicht bewahren könne und sich genötigt sehen würde, in Aktion zu treten. Die bulgarische Regierung habe es nicht für nötig gehalten, auf diese Mitteilung zu antworten. Im Gegenteil, der Krieg brach leider infolge der plötzlichen Angriffe der Bulgaren auf die serbischen Truppen und ohne daß die elementarsten Regeln vorheriger Notifizierung beobachtet wurden, welche zum mindesten die Achtung vor den internationalen Abmachungen und Gebrauchen beweisen hätten, aus. Angesichts dieser Lage hat die rumänische Regierung ihrer Armee den Befehl erteilt, in Bulgarien einzumarschieren.

Der rumänische Einmarsch.

Bukarest, 11. Juli. (Meldung des Wiener A. S. Telegr. Korrespondenz-Bureau.) Der Einmarsch der rumänischen Truppen in Bulgarien hat begonnen und der rumänische Gesandte in Sofia, Ghifa, ist abberufen worden.

Die Besetzung Silistrias.

Bukarest, 11. Juli. (Amtliche Meldung.) Silistria ist ohne Widerstand besetzt worden. 200 oder 300 bulgarische

Soldaten haben sich ergeben. Als erste zog eine Abteilung des 5. Jägerregiments zu Pferde in die Stadt ein. Die bulgarischen Abteilungen leisteten bei der Entwaffnung keinen Widerstand. Die rumänische Armee ist 10 bis 15 Kilometer in bulgarisches Territorium eingedrungen. Die rumänische und muslimanische Bevölkerung ist begeistert.

Das Verhalten Bulgariens.

Sofia, 11. Juli. (Meldung der Agence Bulgare.) In dem Augenblicke, wo die russische Vermittlung zur Beilegung der bewaffneten Konflikte zwischen Bulgarien, Serbien und Griechenland im Begriff war, ihr Ziel zu erreichen, und wo man den Frieden am Balkan gefichert glaubte, hat die rumänische Regierung durch ihren Gesandten in Sofia eine Note überreichen lassen, in welcher sie, eben diese Konflikte zum Vordrang nehmend, die bulgarische Regierung benachrichtigt, daß sie der rumänischen Armee Befehl gegeben habe, in Bulgarien einzurücken. Angesichts dieser Lage hat die bulgarische Regierung ihren Truppen befohlen, den Rumänen keinen Widerstand entgegenzusetzen.

Der rumänische Gesandte Prinz Ghifa verläßt morgen Sofia mit dem Personal der Gesandtschaft, nachdem er die Gesandtschaftsgebäude der italienischen Gesandtschaft übergeben haben wird.

Der bulgarische Gesandte bleibt in Bukarest.

Bukarest, 11. Juli. Der bulgarische Gesandte Dr. Kallinkow hat von seiner Regierung den Auftrag erhalten, in Bukarest zu bleiben.

Die Vermittlungsaktion.

Paris, 11. Juli. Die „Agence Havas“ meldet aus Sofia: Die Mächte tun bei den leistungsfähigen Parteien getrennt, aber in Nebereinstimmung miteinander, Schritte, um das Aufhören der Feindseligkeiten zu veranlassen. Rußland ist in dieser Sache besonders dringend und wird sehr wahrscheinlich um so mehr Gehör finden, als es die Initiative zu einem Schiedsbruche ergriffen hatte, bevor die kriegerischen Ereignisse begonnen hätten, die gegen den Willen der Regierungen durch die Erregung der Truppen hervorgerufen wurden. Jetzt hätte Bulgarien bereit sein, die Rückschlüsse Rußlands und der anderen Mächte zu befolgen. Auch Serbien, das den Verlust von vielen Soldaten zu beklagen hat, wünscht wohl nicht den vernichtenden Krieg fortzusetzen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß es auch in Athen den Mächten gelingen wird, zu veranlassen, die griechische Armee aufzuhalten, obwohl sie durch die jüngsten Ereignisse in einen Siegesdäumel versetzt ist.

London, 11. Juli. Wie das Reutersche Bureau erfährt, hat Bulgarien vor zwei Tagen an Rußland die Mitteilung gerichtet, daß es zu einer Einigung mit Griechenland und Serbien bereit sei, und daß es Rußland auffordere, diese Aufgabe zu übernehmen. Rußland habe eingewilligt, unter gewissen Bedingungen seine guten Dienste zu leisten, und nachdem es sich mit Sofia verständigt hatte, sei es mit Belgrad und Athen in Fühlung getreten und habe Serbien und Griechenland aufgefordert, die Feindseligkeiten einzustellen, um mit Rußlands Hilfe ein Uebereinkommen zu erzielen. Die Antworten Griechenlands und Serbiens sind noch nicht eingetroffen. Die Nachricht, daß Bulgarien Rumänien keinen Widerstand entgegensetzen werde, macht den günstigsten Eindruck.

Die Griechen in Kavalla.

Athen, 11. Juli. Admiral Konouriotis hat die Besetzung von Kavalla amtlich bekanntgegeben und den Kapitän z. S. Kriezis zum Gouverneur der Stadt ernannt. Die Umgegend ist von Komitatstribus gesäubert worden. Bei der Bevölkerung herrscht großer Enthusiasmus, an dem auch die Mohammedaner teilnehmen.

Die Kämpfe der Griechen im Strumizatal.

Athen, 11. Juli. (Meldung der „Agence Athenes“.) Nach der Schlacht bei Strumiza konzentrierten sich bei Demirhissa auf dem linken Ufer der Struma, wo sich die Trümmer der aus Altgriechen bestehenden bulgarischen Armee befanden, etwa 4 Bataillone. Sie errichteten dort Befestigungen, die sie mit Belagerungsgeschützen verlästerten, außerdem besetzten sie die Höhen von Veirina auf dem rechten Ufer der Struma. Eine Armee von drei griechischen Divisionen unter dem Befehl des Generals Maroufianki erhielt den Befehl, die den rechten Flügel der Strumiza angreifenden Kräfte zu decken und zu gleicher Zeit die gesamten feindlichen Streitkräfte vom Berge Vesos und vom rechten Ufer der Struma zu verjagen. Die Griechen griffen demzufolge den rechten feindlichen Flügel an, den sie aus Heftigkeit hinauswarfen, worauf dann auf dem Vormarsch die griechische Infanterie von den 9 Kilometer tragenden bulgarischen Stellungsgeschützen beschossen wurde. Da die griechische Artillerie auf diese Entfernung das Feuer nicht erwidern konnte, wurde der Kampf unentschieden abgebrochen. In der Nacht aber rückte die griechische Artillerie unter dem Schutze der Dunkelheit vor, und am frühen Morgen begann die griechische Infanterie mit einem heftigen Angriff den Kampf. Sie warf die Bulgaren aus Veirina heraus und über das rechte Ufer der Struma hinüber. Auf ihrer Flucht gerieten die Bulgaren einen Teil der Eisenbahnbrücke, wodurch der Vormarsch der Griechen für den Augenblick angehalten wurde. Die Griechen aber folgten mit ihrer Gebirgsartillerie auf dem rechten Ufer des Flusses gegen Norden. Dies zwang die Bulgaren in größter Eile ihre Stellungen zu räumen unter Zurücklassung von vier Stellungsgeschützen und von großen Mengen von Granaten und Lebensmitteln. Die Griechen verfolgten den fliehenden Feind.

Ein Zentrumsvorichlag zur preussischen Wahlreform.

Es scheint dem Zentrum die Einsicht aufzukommen, daß auch in Preußen mit dem blinden Zusammengehen mit den Junkern keine politischen Geschäfte mehr zu machen sind. Aus der Furcht, durch einen ähnlichen schmachvollen Handel wie im Jahre 1910 vollends Fiasco zu machen, erklärt sich wohl der auf die Schacherbedürfnisse der bürgerlichen Wirten spekulierende Vorschlag, den das genannte Rheinische Zentrumorgan veröffentlicht. Die Anregungen der „Kölnischen Volkszeitung“ haben folgenden Inhalt:

- 1. Wahlpflicht, 2. geheime Stimmabgabe, 3. direkte Wahl, 4. Verhältniswahl in den einzelnen Regierungsbezirken, 5. Zuteilung von Mehrstimmen für Alter, Arbeitseinkommen und Familiengründung (Schulbildung und Vermögensbesitz sind kein Maß für bürgerliche Reife).

An diesem Vorschlag fällt zunächst auf, daß die Partei für „Wahrheit und Recht“, die seit mehreren Jahrzehnten unermüdet vertritt, daß sie mit aller Energie für das gleiche, direkte und geheime Wahlrecht eintritt, übermüdet auf ein Kompromiß hin-

arbeitet, durch das die Rechte der breiten Masse des Volkes aufschwerter geschädigt werden würden. Die etwaige Ausrede, daß sich bei der gegenwärtigen Zusammenfassung des preussischen Abgeordnetenhauses das Reichstagswahlrecht, das die Programmforderung des Zentrums bildet, ja doch nicht durchsetzen ließe, wäre ebenso oberflächlich, wie die Beschönigungsversuche der Zentrumspresse für den schmachvollen Pakt mit den Konserpativen bei der letzten Wahlrechtsvorlage. Denn auch das Zentrum weiß ganz genau, daß eine preussische Wahlrechtsreform, die die Privilegienwirtschaft der Junker und Schlotbarone wirklich zu beseitigen vermöchte, natürlich nicht im Dreiklassenparlament selbst durchgeführt werden könnte, sondern nur durch eine Wahlrechtsaktion größten Stils außerhalb des Parlamentes.

Wenn sich nur einmal das Zentrum mit den Fortschrittler und der Sozialdemokratie in der öffentlichen Propaganda ernstlich auf die Forderung des gleichen Wahlrechts einlassen wollte, so würde die klägliche Winderzahl der Wahlrechtsfeinde so offenkundig herabzuziehen, daß die Regierung sich scheuen würde, den plutokratischen Wahlrechtsgegnern noch fernerhin die Stange zu halten. Aber das Zentrum will eben nicht die Hebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen, sondern es will nur eine Fiktion reform, die der blau-schwarzen Koalition noch wie vor die Mehrheits sicher.

Deshalb ist auch der Wahlrechtsvorschlag der „Kölnischen Volkszeitung“ den reaktionären Bedürfnissen des Zentrums listig angepaßt. Durch die Einführung der Wahlpflicht glaubt man die Masse der rückständigen Wähler in den von Landräten, Amtsvorstehern und Geistlichen beherrschten finsternen Bezirken Preußens für die Reaktion mobil machen zu können. Die geheime und direkte Wahl aber soll weiterhin durch ein Pluralstimmen-Wahlrecht für Alter, Familiengründung und Arbeitseinkommen paralytisiert werden. Ja, wenn es sich noch um ein wirkliches Arbeitseinkommen handelte! Aber das Zentrum würde schon mit den Junkern dafür sorgen, daß als Arbeitseinkommen auch die agrarische und industrielle Ausbeutung angesehen würde. Höchstens dem mobilen Kapital würde man einige Abzüge machen. Und ebenso würde man bei der Einführung der Verhältniswahl in den einzelnen Regierungsbezirken allerhand Vorbehalten gegen die Liberalen und Sozialdemokraten durchzusetzen versuchen.

Der Vorschlag des ultramontanen Mattes beweist deshalb nichts als den Versuch, durch ein neues taktisches Manöver das Volk um die Erfüllung seines immer dringenderen Wahlrechtswunsches zu prellen. Für das Proletariat ergibt sich aus der Haltung des Zentrums nur das eine, daß sein Ansturm gegen die unerträgliche Wahlrechtschmach und seine politischen Demonstrationen bei der Reichstags- und Landtagswahl keineswegs so erfolglos geblieben sind, wie das die schwarz-blaue Presse bislang hinzustellen beliebte.

Die enttäuschten preussischen Wahlrechtskämpfer werden deshalb zu ihrer Verengung aus dem Vorschlage entnehmen, daß sie sich mit ihrem Kampf auf dem rechten Wege befinden haben und daß es nur des Verharrens in diesem Kampfe und weiterer möglichst energischer Steigerung ihrer Aktionen bedarf, um der Reaktion ernsthafteste Zugeständnisse abzurufen!

Politische Uebersicht.

Das amtliche Wahlergebnis in Salzwehel-Garbelagen.

Nach amtlicher Feststellung wurden bei der Reichstagswahl in Salzwehel-Garbelagen bei 29 472 Wahlberechtigten 26 073 gültige Stimmen abgegeben. Es erhielten: Haupttribunaldirektor v. Kröcher-Bingelberg (L.) 11 896, Privatdozent Dr. Böhme-Groß-Vichterfelde (natl. Bauernbündler) 14 177 Stimmen. Dr. Böhme ist somit gewählt.

Gegenüber der Hauptwahl vom 2. Juli er. erhielt der konervative Kandidat v. Kröcher ca. 700 Stimmen mehr als zusammen für v. Kröcher und seinen konservativen Mitkandidaten Schulz-Riese abgegeben waren. Die Stimmenzahl des bündlerischen Nationalliberalen Dr. Böhme wuchs um ca. 1500 Stimmen über die Stimmenzahl hinaus, die bei der Hauptwahl für Dr. Böhme und den sozialdemokratischen Kandidaten abgegeben worden waren.

Erstens kommt es immer anders, zweitens als man denkt. Nicht die Sozialdemokratie ist das Objekt der Verleumdung des Herrn v. Kröcher geworden, sondern Herr v. Kröcher wurde das Objekt der Sozialdemokratie und hört auf, Gesetzgeber zu sein. Er verläßt den Reichstag, dem er seit 1898 angehört und in dem er allerdings in seiner Art für Aufklärung über die Volksfeindschaft der Konserpativen gesorgt hatte.

Die konservative Presse ist über den Verlust eines der besten Männer ihrer Partei, wie die „Kreuz.“ ihn nennt, sehr betrübt und um so wütender über Herrn Böhme, der die sozialdemokratischen Stichwahlbedingungen anerkannt hat. Und ihr Schmerz ist um so größer, weil auch diese Wahl die schwarzblaue Minorität weiter geschwächt hat, nachdem sie bei den Nachwahlen bereits Hagenow-Grevesmühlens und Waldeck verloren hat.

Korruption.

Zuschriften, die bei der Redaktion des „Vorwärts“ eingegangen sind, entnehmen wir, daß hier und da die seltsame Auffassung verbreitet ist, daß die Redaktion sich über die Zustände auf dem Gebiete des antimilitaristischen Gründungsweilens und der kapitalistischen Stimmungsmaße für die Zustimmbarkeit etwa durch Herrn Arthur Müller selbst habe informieren lassen. In Wirklichkeit haben wir unsere Angaben zwei der Redaktion zugegangenen Broschüren entnommen, nämlich einmal der Broschüre „Robbers Gründungen“ von A. Greeden und zum anderen der Broschüre des Herrn Arthur Müller „Therapie, nicht Strachus“.

Da diese Broschüren scheinlich der gesamten Presse zugänglich sind, ist das Schweigen der übrigen Blätter — die „Staatsbürger-Zeitung“ ausgenommen — überaus befremdlich. Aber sollte man Angst haben, daß durch eine Veröffentlichung der Affäre noch allerhand sonstige Dinge aus Tageslicht gebracht werden würden?

Die zweijährige Dienstzeit ist zu lang!

Wiederholt sind Soldaten als Hausknecht in Lohnkämpfen verwendet worden. Ein solcher Fall wird jetzt wieder aus Ostpreußen gemeldet. Die Firma Hildebrandt in Malbuden, die bekannt gibt, daß sie nur mit „eigenen unorganisierten Handwerker“ bauen ausführt, läßt auf dem Gute Beschritten einige Scheunen errichten und beschäftigt dabei 88 Pioniere vom Pionierbataillon Nr. 18 in Königsberg. Die Soldaten erhalten einen Tagelohn von 4 M.; davon erhält die Kompanie die Hälfte des Tagesverdienstes, wofür sie das erforderliche Werkzeug zur Verfügung stellt. In Königsberg sind Zimmerer arbeitslos; sie müssen zusehen, wie ihnen hier die Soldaten das Brot wegnehmen. Ein sehr gutes Geschäft macht die Baufirma. Sie voll an Zimmerer 68 Pf. Stundenlohn und einen Stundenlohn als Begeentfähigkeit zahlen. Den Pionieren aber gibt sie 4 M.

und dafür arbeiten sie täglich 11-12 Stunden. Infolge ihrer Begeisterung, die Lohnsätze der Arbeiter nicht anzuerkennen, gelingt es der Firma nicht, die nötigen Arbeitskräfte zu bekommen. Die Militärverwaltung springt nun bereitwillig ein und stellt die militärischen Kaufleute.

Das goldene Kalb des Klerus ist krank.

In der ultramontanen Presse findet man täglich hämische Bemerkungen darüber, daß nach einem beispiellosen Aufstieg der letzten Jahre) unsere Parteiorganisation an manchen Orten infolge der ungünstigen Wirtschaftslage einen vorübergehenden Stillstand verzeichnen muß. Man jubelt, daß die Arbeiter endlich einzusehen beginnen, wie unnützlich es ist, ihre Groschen den Parteiführern zuzuführen, damit die Angestellten ein angenehmes Leben führen können. Wie immer, schließen die guten Leute auch hier nur von sich auf andere; denn Tatsache ist, daß das goldene Kalb, um das die Zentrumsblätter tanzen, schwer krank ist, und daß der Beitel um Geld immer weniger einbringt.

So beklagt sich Pfarrer Dr. Bionel aus Köslin im „Schlesischen Volksblatt“, daß im frommen Oberschlesien die Kollekten für den Zentrumsverein nichts mehr einbringen. Mancher dürfte „erstaunt gewesen“ sein, aber „unwillig den Kopf geschüttelt“ haben, bei den Zusammenstellungen über die Ergebnisse der Kollekten für den Zentrumsverein durchgesehen habe. In Königsbrunn sind auf je 1000 Katholiken nur 127 Mark erhebt worden. In Gleiwitz, Sorau (O. Schl.) und Ratibitz brachte die Belette auf je 1000 Katholiken nur 138 Mark. In Beuthen bringt die Zentrumskollekte in einer Pfarrei mit 10 000 lebendigen Seelen schon drei Jahre lang nur immer 10 Mark. In Königsbrunn gibt es eine Pfarre, die seit 1911 nur 2 Mark jährlich für den heiligen Bonifatius opfert. Der Artikel schließt nicht, als daß der Verfasser darauf hingewiesen hätte, daß Oberschlesien nicht nur das gelobte Land der größten Frömmigkeit ist, sondern daß dort auch die reichsten katholischen Magnaten von ganz Europa sitzen, denen der heilige Bonifatius anscheinend überhaupt nichts mehr gilt.

Der Artikel hat in den ober-schlesischen Zentrumskreisen nicht geringe Aufregung hervorgerufen. Schwarzer Kaffee in Tarnowitz weist die Wortwahl seines Ausdrucks energisch zurück. Oberschlesien sei ein armes Land. Zudem hätten die armen Familien meist 8 bis 10 Kinder zu ernähren. „Dazu kommt“, heißt es wörtlich, „daß ein großer Teil der ober-schlesischen Industriebevölkerung infolge der Verheerung immer mehr abruddelt und in das sozialistische Lager übergeht. Die letzte Reichstagswahl 1912 hat in dieser Richtung eine sehr deutliche, bittere Sprache gesprochen.“ Ferner soll an den schlechten Ergebnissen des Beittels schuld sein, daß die polnischen Katholiken den Zentrumsverein als einen Germanisationsverein ansehen. Und nicht zuletzt wird auf die große Notlage der Bevölkerung infolge der herrschenden Teuerung hingewiesen, wobei freilich zu sagen verdrungen wird, daß hieran die Zentrumspolitik die Hauptschuld trägt.

Die frommen Zentrumsbrüder werden also gut tun, sich zunächst einmal um die „opferfreudige Stimmung“ in ihren eigenen Reihen zu kümmern, ehe sie die Herzogshäfen der sozialdemokratischen Arbeiter durchforschen.

Die Nationalliberalen im Glashaufe.

Bekanntlich ist gegen die Wahl einiger konservativer Reichstagsabgeordneter in Ostpreußen von den Liberalen Protest erhoben worden. Die bekannten Uebergriffe der Konservativen, die insbesondere die Wähler mit riesigen Mengen Schnaps und Bier versorgt haben, sind kürzlich in den Zeitungen erörtert worden. Das Junfermann Blatt für Ostpreußen, die „Ostpreussische Zeitung“, hält jetzt den Nationalliberalen den Spiegel vor und weist nach, daß die Nationalliberalen in Ostpreußen die Wahlen ganz nach konservativer Art zustande gebracht haben. So schreibt das Blatt:

Wichtig ist, daß solange es Reichstagswahlen gegeben hat, in Ostpreußen am Wahltag Bier getrunken wurde, und daß dieses Bier nicht immer von allen Wählern selbst, sondern von einzelnen wohlhabenden Männern natürlich nicht aus Simmentang (?) für ihre weniger bemittelten Parteifreunde bestellt wurde. Diesen Umstand aber haben sich gerade die Nationalliberalen in unerhörtestem Maße zunutze gemacht, als sie die auf konservative Bevölkerung der Südoberste der Provinz für ihre Ideen zu gewinnen suchten. Die nationalliberalen Parteifreunde mochten beim letzten Reichstagswahlkampf auch gar kein Hehl daraus, daß sie überall, wo nationalliberale Versammlungen abgehalten wurden, das Geld für Alkohol mit vollen Händen ausstreuerten. Es sind nicht etwa kleine Summen gewesen, um die es sich handelte, sondern meistens gingen die Ausgaben für Freischnaps, Freibier und freie Jagarten in den nationalliberalen Versammlungen stark in die Doppelkronen. ... Den Erfolg von 1910 haben die Nationalliberalen zum guten Teil dem Alkohol zu verdanken. ... Sollte es wirklich zur Nachwahl in Ostpreußen kommen, so sind wir recht neugierig, wie sich die Liberalen dann verhalten werden. Mit Alkohol dürfen sie als konsequente Leute nach ihrem Wahlprotest doch nun nicht mehr den politischen Anschauungen der Bevölkerung nachhelfen.

Das konservative Blatt fährt dann noch einige Beispiele für die Agitation der Nationalliberalen aus dem konservativen Protest gegen die Wahl des nationalliberalen Abgeordneten Vater in Angerburg. Sogar sei ebenfalls Schnaps und Bier von den Nationalliberalen verteilt worden, und Polizeibeamte, Radwähler, ja der nationalliberale Kandidat selbst sollen in unzulässiger Weise Agitation betrieben haben. So soll der Kandidat, Bürgermeister Vater, im Wahllokal in Alsdorf Wahlaufrufe verteilt haben.

Es ist vollkommen zutreffend, daß die Nationalliberalen genau wie die Konservativen die Hilfe des Alkohols in Anspruch genommen haben, um „staatsfeindliche“ Wahlen zustande zu bringen. Und wir sind auch gar nicht neugierig, wie sich die Liberalen in Zukunft verhalten werden. Der Alkohol wird wie bisher auf ihre Kosten in Strömen fließen, wenn sie die Wähler im „liberalen“ Sinne beeinflussen werden.

Der sozialdemokratische Vizegouverneur.

In Wildenspring (Schwarzburg-Rudolstadt) nahm der Gemeinderat zum drittenmal einstimmig einen Protest an, weil der wegen seiner Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei nicht befähigte Genosse Klatt durch einen genehmerten Vizegouverneur ersetzt werden soll. Zugleich beschloß der Gemeinderat, den vom Landrat ernannten neuen Vizegouverneur nicht als solchen anzuerkennen und den Gemeindefiskalier anzuweisen, demselben kein Gehalt auszuführen.

Ein Opfer des militärischen Beschwerte „rechts“.

Einen interessanten Beitrag zum Beschwerte „rechts“ der Soldaten liefert eine Straffache, mit der sich das Oberkriegsgericht in Dresden zu beschäftigen hatte. Am 8. Mai gegen Mittag hatte der Gefreite Ziegenbalg von der 1. Kompagnie des Schützenregiments Nr. 108 eine aus 14 Mann bestehende Abteilung nach der Kaserne zu bringen. Auf dem Schießstand erhielt beim Anretren der Schütze Angermann den Befehl, den Patronenfaß zu tragen, obgleich er schon Kornister mit Sandbad und Gewehr zu transportieren hatte. Da Angermann schon lange das Gefühl hatte, daß der Gefreite ihn schikanieren, hielt er auch diese Anordnung für eine Ungerechtigkeit und sagte: „Ich habe doch meine Schießübung erfüllt und Kornister mit Sandbad zu tragen, warum soll ich denn

gerade den Patronenfaß tragen!“ Darauf ging der Gefreite nicht ein, wollte vielmehr seine Anordnung unbedingt befolgt wissen! Jetzt überlegte sich Angermann, daß der Gefreite als Vorgesetzter in Frage kam und nahm widerspruchlos den Patronenfaß an. Kaum hatte sich die Abteilung in Bewegung gesetzt, da befohl der Gefreite Lauffschritt, der sich auf eine Strecke von 560 Meter ausdehnte! Schon dabei blieb Angermann infolge der Ueberanstrengung und Erschöpfung mehrfach zurück. Nach dieser Anstrengung befohl dann der Gefreite, daß gelungen werden sollte (!), wozu natürlich die Soldaten nicht fähig waren, denn sie waren ermattet und erschöpft und rangen nach Atem. Als der Gefreite merkte, daß sein „Befehl“ unbesiegt blieb, sagte er: „Wenn es euch nicht paßt, können wir ja eine Weile Hinlegen und Kuffischen üben!“ Angermann hatte inzwischen Seitenstechen bekommen, war erschöpft und in Schweiß gebadet und sagte zu seinen Kameraden: „Wer löst mich denn mal ab!“ Es traute sich niemand, sich zu melden, weil der Gefreite unmittelbar darauf abermals 250 Meter Lauffschritt machen ließ — als Strafe für das unterlassene Singen! Auch jetzt mußte Angermann infolge Erschöpfung hinter der Abteilung zurückbleiben. Nachdem die Mannschaften wieder in Schritt übergegangen waren, wurden zwei andere Soldaten, die ebenfalls Patronenfaß zu tragen hatten, auf Befehl des Gefreiten abgelöst, obgleich diese keinen Kornister mit Sandbad zu tragen hatten; aber zu Angermann sagte der Gefreite: „Und Sie tragen weiter!“ Das tat Angermann auch, aber blieb immer wieder zurück und bat mehrere Kameraden, ihm den Faß mal abzunehmen. Der Gefreite jedoch sagte zu sehr auf: „Nachdem Angermann nach einiger Zeit abermals rief: „Wer löst mich denn mal ab?“, erbarmte sich ein Kamerad und nahm den Patronenfaß. Als das aber der Gefreite sah, mußte Angermann den Patronenfaß wieder nehmen und bis zur Kaserne tragen! Durch die Worte: „Wer löst mich denn mal ab?“ soll sich Angermann einer „Aufsorderung von Personen des Soldatenstandes zum Ungehorsam“ schuldig gemacht haben, und der mitleidige Kamerad — der den Faß mal abnahm — soll so gar bestraft worden sein! Durch das Verhalten des Gefreiten war Angermann so empört, daß er seinem Vater davon Mitteilung machte, auf dessen Rat er dann den Gefreiten zur Meldung brachte. Es wurde festgestellt, daß sich der Gefreite Ziegenbalg nicht einwandfrei benommen hatte, weshalb man gegen ihn Latzbericht einreichte, aber eine weitere Folge der Meldung resp. Beschwerde war — eine Anklage wegen angeblicher Insubordination gegen Angermann! So sieht das Beschwerte „rechts“ der Soldaten in der Praxis aus, denn bis zu dem Augenblick, wo Angermann die Meldung gegen den Gefreiten machte, hatte niemand etwas Strafbares in dem Verhalten Angermanns gefunden. Vor einiger Zeit standen nun der Schütze Angermann wegen Insubordination und der Gefreite Ziegenbalg wegen rechtswidriger Behandlung vor dem Kriegsgericht. Das Urteil schlägt dem Rechtsempfinden aber direkt ins Gesicht. — Der Gefreite wurde freigesprochen, der Soldat dagegen zu — drei Wochen strengem Arrest verurteilt! Das Gericht war der Meinung, daß der Gefreite den Lauffschritt zur Aufrechterhaltung der militärischen Ordnung und der Disziplin habe ausführen lassen! Wegen das Urteil legte Angermann — der Gerichtsherr hatte sich bei dem Freispruch der Gefreiten beruhigt — Berufung ein, die aber verworfen wurde; man hielt die Anklage für gedekt und die Strafe für „durchaus angemessen“!

Frankreich.

Rolochs Verfertigungsleiden.

Paris, 9. Juli. (Eig. Ber.) Die Militärlisten haben nicht lang ihre vergnügten Gesichter behalten. Am Schluß der letzten Woche schien ihre Sache recht gut zu stehen. Die sozialistischen und radikalen Vorschläge waren abgetan, die von der Regierung gutgeheißene Einstellung der Zwanzigjährigen schien die Entlassung des größten Teils der jetzt ihr zweites Jahr Abdienenden zu ermöglichen und so die für den Herbst befürchteten Gefahren zu bannen. Zwar mochte gerade gegen eine solche Regelung vom militärtechnischen Gesichtspunkte viel einzuwenden sein. Ein Hauptargument für die Erhöhung der Dienstzeit war gewesen, daß eine Truppe, wo die des Dienstes entwöhnten Reservisten nicht genügend entfabriert seien, minderwertig sei. Nun aber sollten gar in der Armee, die im Fall des „brüsten Angriffs“ dem Feinde entgegengeworfen werden sollte, auf einen kriegsgelübten Soldaten durchschnittlich fast zwei ganz unausgebildete Nekruten kommen. Dazu waren die Schwierigkeiten der Ausbildung einer plötzlich vermehrten Mannschaft zu bedenken.

Aber das waren alles noch Kleinigkeiten gegenüber den Verlegenheiten, die das von der Mehrheit und der Regierung geschlossene Amendement Vincent heraufbeschwor. Das Amendement, das den dreijährigen Dienst für alle obligat machte und die willkürlichen früheren Beurteilungen ausschloß, war ein Bissen, der noch über den gewaltigen Appetit Rolochs ging. Das Ungeheuer wurde krank und es schien, als ob es an Verfertigung zugrunde gehen müßte.

Man hat es nun operiert. In der heutigen Sitzung der Armeekommission wurde ein Brief des Kriegsministers verlesen, wonach das aus medizinischen Fachleuten bestehende beratende Komitee für militärische Hygiene und Epidemiologie die Einstellung der Zwanzigjährigen aus verschiedenen Gründen widerrät. Bezeichnend ist, daß der ausschließlich aus Militärärzten zusammengesetzte militärische oberste Sanitätsrat in seinem erst vor ein paar Tagen erstatteten Bericht diese Einstellung für durchaus zulässig erklärt hat. Die Kommission hat dem Gutachten des wissenschaftlich-kompetenten beratenden Komitees Folge gegeben und die Einstellung der Zwanzigjährigen abgelehnt.

Dieser Beschluß schafft wohl einige Schwierigkeiten aus dem Weg. Nach der Annahme des Antrages Vincent hätte die Regierung drei Jahre hindurch 4 Jahrgänge in den Kasernen stehen gehabt. Oder sie hätte sich in diesem, wie im nächsten Herbst entschließen müssen, den Jahrgang, der das zweite Jahr dienste, zu entlassen. Dies war in der Tat schon halb zugestanden. 1915 wäre die Sache noch kyplicher geworden. Denn da hätte sie, eben nach dem Amendement Vincent, zwei Jahrgänge auf einmal heimzuführen müssen und auf diese Art wieder nur zwei Jahrgänge, einen ausgebildeten und einen unausgebildeten, unter den Fahnen gehabt, genau wie jetzt. Oder aber sie hätte, um die durch die gegebenen militärischen und hygienischen Bedingungen geforderte Stärke der Armeeeinheiten nicht zu überschreiten, zu einem komplizierten Beurteilungssystem greifen müssen, das den Dienst durch das ewige Kommen und Gehen unvermeidlich desorganisiert hätte. Gäßt aber die Einstellung der Zwanzigjährigen weg, dann wird die Rück-

behaltung des dritten Jahrganges zur Erreichung der von den Militärlisten geforderten Effektivstärke notwendig und die Erregung der Mannschaften, vor der Regierung und Mehrheit zurückzusehen, wird zweifellos noch bedeutend erhöht sein, da die Herzen der Soldaten das Spiel, das da mit ihnen getrieben wird, nicht leicht auszuhalten werden. Vielleicht wird man versuchen, das Amendement Vincent nachträglich auf irgendeine Weise aus der Welt zu schaffen. Aber es ist nicht ganz sicher, daß die Mehrheit, die bisher der Regierung unter dem patriotischen Getrommel gehorsam nachmarschierte, bei dem endlosen Bergauf und Bergab, das immer wieder zur selben Stelle zurückführt, das Vertrauen auf die Führung behält und nicht soviel Narobe auf dem Weg zurückläßt, daß das Kommando bei irgendeinem neuen Hindernis nicht mehr über die nötigen „Effektivbestände“ verfügt.

Der Heeresauschuß gegen die Einstellung der Zwanzigjährigen.

Paris, 10. Juli. Die Heereskommission sprach sich heute zum zweiten Male, und zwar mit allen gegen 8 Stimmen, gegen die Einstellung der Zwanzigjährigen aus.

Ein Mittel zur Hebung der Bevölkerungszahl.

Paris, 11. Juli. Die Deputiertenkammer hat den Gesetzentwurf über die Unterstützung kinderreicher Familien in einfacher Abstimmung angenommen.

Belgien.

Die bewaffnete Neutralität.

Man schreibt uns aus Brüssel:

Zum Schauspiel des „bewaffneten Friedens“, das die moderne Zivilisation bietet, gehört als natürliche Ergänzung die „bewaffnete Neutralität“. Die Großmächte rüsten, weil sie um den Frieden besorgt sind. Belgien verstärkt seine Wehrmacht, baut Kasernen, schafft Munition an, weil es um seine Neutralität besorgt ist. Der Kriegsminister hat neulich über die Verwendung der veranschlagten 70 Millionen für militärische Bauten auf die Anfrage eines Deputierten folgende Angaben über den Bau von Kasernen gemacht. Es werden neue Kasernen errichtet in Dinsle, Brügge, Gent, Lüttich (5), Hasselt, Laeken, Namur, Dudenarde, Mons. Vergrößerungen von Kasernenbauten werden vorgenommen in Antwerpen, Brüssel, Lixlemon. — Die man sieht, bekommt das neutrale Ländchen allmählich seinen Ehrenplatz im waffenstarrten „friedlichen“ Europa.

Sieg in Zauch-Belzig.

Einhundertundelf!

Ludenwalde. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Genosse Ewald ist mit 17107 Stimmen gegen u. Derken, der 16599 Stimmen erhielt, gewählt.

Genosse Ewald ist gewählt und der hundertste Sozialdemokrat zieht in den Reichstag ein! Ein erfreuliches Zeichen für die Werbekraft unserer Ideen und ein verdienter Lohn für die rührige Agitationsarbeit, die von unseren Genossen geleistet worden ist, ist diese Wahl. Ein Menschenalter beinahe hat die Sozialdemokratie um dieses Mandat gerungen, immer wieder hat Genosse Ewald als Kandidat der Arbeiterpartei für unsere Sache gekämpft, nun endlich flattert die rote Fahne auch über diesem Kreis. Der Sieg wird ein Ansporn sein, die Organisation noch weiter auszubauen, um auch Zauch-Belzig immer mehr zu einem sicheren Besitz der Sozialdemokratie zu machen.

Die Sozialdemokratie ist in stände gewesen, noch Reserven für die Stichwahl heranzuziehen. Auch daß die ungeschickliche Fernhaltung der Wähler von Beetz beseitigt werden mußte, ist ihr zugute gekommen. Aber auch ein erheblicher Teil der Fortschrittler hat soviel politische Energie aufgebracht, um gegen den Freikonservativen zu stimmen. Diese Stimmen waren ausreichend, um die feige Haltung der Nationalliberalen dieses Wahlkreises weitzumachen, die lieber die Partei des schlimmsten Scharfmacher- und Bündelertums stärken wollten und sich zwecklos eine neue Blamage zugezogen haben. Die Aufgabe unserer Genossen wird es sein, alles daran zu setzen, um in der Zukunft auch aus eigener Kraft das Mandat behaupten zu können.

Letzte Nachrichten.

Die Syndikalisten vor der französischen Kammer.

Paris, 11. Juli. (B. T. Z.) Die Kammer setzte heute die Beratung der Interpellation über die Zwischenfälle in den Kasernen fort, wobei der Justizminister die Berechtigung der Hausdurchsuchungen bei den Syndikalisten und die Notwendigkeit, den Syndikalismus zu unterdrücken, auseinandersetzte. Ministerpräsident Barthou erklärte, eine Tagesordnung des Sozialisten Breton zurückzuweisen zu müssen, indem er das Verhalten der Antimilitaristen tadelte und die dringliche Notwendigkeit betonte, die Disziplin in der Armee aufrecht zu erhalten, aber unter Beobachtung der gesetzlichen Garantien und Formen. Barthou stellte die Vertrauensfrage. Nachdem die Dringlichkeit der Tagesordnung Breton abgelehnt worden war, wurde eine Tagesordnung Roel, in der das Vorgehen der Regierung gebilligt und ihr das Vertrauen ausgesprochen wurde, in ihren einzelnen Abschnitten angenommen. Der letzte Abschnitt, der die ganze Schärfe des Gesetzes gegen die Antimilitaristen forderte, wurde fast einstimmig durch Handheben angenommen, ebenso die ganze Tagesordnung.

Der Goldgräberstreif.

Johannesburg, 11. Juli. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Es wird ermordet, daß die Schwierigkeiten auf der Kleinfontein-Mine heute noch beigelegt werden. Die Arbeiterführer arbeiten mit dem Bergwerksminister Watson zusammen, um die Beilegung zu sichern. Der Generalkonferenz, General Smuts, ist nach Pretoria zurückgekehrt.

39

JANDORF

Woche

39

Spittelmarkt Belle-Alliancestr. Gr. Frankfurterstr. Brunnenstr. Kottbuser Damm
Bis Sonnabend den 19. Juli.

Soweit Vorrat

Verkauf nicht an
Wiederverkäufer

10 Meter
Wachstuch-
spitze
39 Pf.

2 Tüll-
Schleierschleier
weiss oder creme
39 Pf.

3 grosse
Rollen
Toilettepapier
39 Pf.

4 Bände Unter-
haltungsliteratur
nach Wahl
39 Pf.

3 Abwasch-
tücher
39 Pf.

3 Schenker-
tücher
mit doppelter Mitte
39 Pf.

1 Badekappe
aus Gummi
39 Pf.

3 Ahornbretter
39 Pf.

6 Fenster-
klammern
mit Kette
39 Pf.

3 Solinger
Küchenmesser
39 Pf.

1 Solinger
Stahlscheere
39 Pf.

6 Paar Mako-
Stiefelsockel
39 Pf.

3 Paar
Schleifensockel
schwarz oder braun
39 Pf.

Welswaren

1 Blumenkragen aus weissem oder beige-
farbigem Batist, reich bekrummt



1 Spachtelkragen Schulter- oder rundes Fasson **39 Pf.**

1 Mull-
kragen mit Valen
einen-
spitzen und
Einsätzen
reich garn.

1 Stickereikragen Schulter- oder rundes Fasson **39 Pf.**

1 Matrosenkragen für Kinder, a. Stickerei-
stoff, reizendes Medaillonmuster

1 Matrosengarnitur aus blauem Stoff, 2 mal mit
weisser Binde besetzt **39 Pf.**

1 Jackett-
kragen aus weissem,
geputtem
Mull, mit
Mil plissé **39 Pf.**

1 Ripsgarnitur Kragen
und
Manschetten für Damen **39 Pf.**

1 Jabot aus plissiertem Tüll in
vielen Ausführungen
hübsch
garniert **39 Pf.**

1 Tüll-Bäffchen garniert **39 Pf.**

1 Paar Handschuhe
Zwirn, weiss, Jacquard-
muster, ca. 40 cm lang **39 Pf.**

1 Paar Handschuhe
Zwirn, farbig, mit 3 Druckknöpfen

1 Paar Handschuhe
Wachleder imitiert, ge-
b **39 Pf.**

1 Paar Handschuhe
Zwirn, durch-
brochen, weiss, Jacquard-
muster, 8 Knopf lang **39 Pf.**

1 Paar Handschuhe
weiss, mit Druckverschluss
Linolen imitiert

3 Batisttücher weiss, mit far-
bigen Kanten, für Damen od. Herren

3 Batisttücher für Damen, weiss
mit Kohleaus und farbigen Kanten

3 Linontücher weiss,
gebrauchsfertig
rot, blau,
mode, gelb

3 Herrentücher

1 Topflappentasche **39 Pf.**

2 Topflappen vorge-
zeichnet **39 Pf.**

1 Stuhl-kissenbezug **39 Pf.**

1 Meter Häkelspitze Hand-
arbeit **39 Pf.**

1 Kissenpolster ca. 25x40
cm **39 Pf.**

2 Nachttischdecken **39 Pf.**

2 Tablettdecken aus Linon,
vorgezeichn.

1 Kissenbezug aus starkfädigem
Stoff, vorgezeichn.

1 Mittendecke aus Linon,
vorgezeichnet

1 Paneel ca. 45 cm lang **39 Pf.**

1 Kamm-
garnitur
3 teilig **39 Pf.**

6 Dosen
Schuhcreme
schwarz **39 Pf.**

1 Serviteur
weiss, weich Pikee **39 Pf.**

1 Paar
Sockenhalter
für Herren **39 Pf.**

1 Nelzjacke
für Herren,
in 2 Grössen **39 Pf.**

1 Briefkasten **39 Pf.**

Wirtschafts-

1 Brot- od. Fleischmesser

1 Handtuchhalter **39 Pf.**

1 Petro-
leum-
kanne **39 Pf.**

1 Ausklopf-
er grün
lackiert **39 Pf.**

1 Giesskanne **39 Pf.**

3 Alpacka-Teelöffel **39 Pf.**

1 Markt-
netz

1 Rosshaarhandfeger

1 Teppichhandfeger **39 Pf.**

1 Fuss-
bank **39 Pf.**

2 Gazeglocken **39 Pf.**

1 Gewürzeta-
gere **39 Pf.**

6 Gewürz-
tönnchen **39 Pf.**

1 Zylinderputzer gross **39 Pf.**

6 Aluminium-
Teelöffel **39 Pf.**

3 Aluminium-
Esslöffel **39 Pf.**

6 Pakete Blitz-
blank im **39 Pf.**

1 Eierschrank mit Delf-
einlage **39 Pf.**

1 Puddingform **39 Pf.**

1 Wäsche-
leine **39 Pf.**

1 Fleisch-
brett mit
Klopf-
er **39 Pf.**

1 Besteckkasten **39 Pf.**

3 Pakete Stahlspähne

4 Ahornquirle **39 Pf.**

1 Gurkenhobel **39 Pf.**

1 Schilftasche **39 Pf.**

1 Zwiebel-
oder
Semmel-
behälter

1 Springform ca. 24 cm **39 Pf.**

1 Springform ca. 24 cm **39 Pf.**

1 Springform ca. 24 cm **39 Pf.**

1 Springform ca. 24 cm **39 Pf.**

1 Springform ca. 24 cm **39 Pf.**

1 Springform ca. 24 cm **39 Pf.**

1 Springform ca. 24 cm **39 Pf.**

1 Springform ca. 24 cm **39 Pf.**

1 Springform ca. 24 cm **39 Pf.**

1 Springform ca. 24 cm **39 Pf.**

1 Springform ca. 24 cm **39 Pf.**

1 Springform ca. 24 cm **39 Pf.**

Artikel

1 Ringständer ... zusammen

1 Feuerhaken ... **39 Pf.**

1 Pfeffermühle **39 Pf.**

1 Kamm-
kasten

1 grosses
Küchen-
brett
Delfidekor
zusammen

1 Kaffeebüchse **39 Pf.**

1 Zuckerbüchse **39 Pf.**

1 Deckelhalter lackiert,
8 teilig **39 Pf.**

1 Putz-
oder
Wichs-
kasten
grau

1 Sand-, Seife-, Soda-Bar-
itur
Delfidekor

1 Kleiderbürste **39 Pf.**

1 Haar-
bürste
ca. **39 Pf.**

1 Königskuchenform **39 Pf.**

1 Glanzbürste **39 Pf.**

1 Auftragebürste **39 Pf.**

1 Schmutzbürste **39 Pf.**

1 Klosetbürste mit lackiertem
Griff

1 Kokos-Möbel-
bürste **39 Pf.**

1 Paar
Solinger
Bestecke
mit schwarzen oder ver-
nickelten Heften **39 Pf.**

1 Tee-Ei **39 Pf.**

1 Kaffeesieb Aluminium **39 Pf.**

1 Teesieb **39 Pf.**

1 Staubwedel **39 Pf.**

1 Garderobenleiste
mit Metallhaken **39 Pf.**

1 Garderobenleiste
mit Metallhaken **39 Pf.**

1 Garderobenleiste
mit Metallhaken **39 Pf.**

1 Garderobenleiste
mit Metallhaken **39 Pf.**

1 Garderobenleiste
mit Metallhaken **39 Pf.**

1 Garderobenleiste
mit Metallhaken **39 Pf.**

1 Garderobenleiste
mit Metallhaken **39 Pf.**

1 Garderobenleiste
mit Metallhaken **39 Pf.**

1 Garderobenleiste
mit Metallhaken **39 Pf.**

1 Garderobenleiste
mit Metallhaken **39 Pf.**

1 Garderobenleiste
mit Metallhaken **39 Pf.**

1 Garderobenleiste
mit Metallhaken **39 Pf.**

1 Garderobenleiste
mit Metallhaken **39 Pf.**

1 Garderobenleiste
mit Metallhaken **39 Pf.**

1 Garderobenleiste
mit Metallhaken **39 Pf.**

1 Garderobenleiste
mit Metallhaken **39 Pf.**

Herren-Artikel

1 Serviteur farbig **39 Pf.**

1 Paar Manschetten **39 Pf.**

1 Paar Hosenträger für Herren oder Knaben **39 Pf.**

1 Südwester für Knaben od. Mädchen **39 Pf.**

1 Stehum-
legekragen für Herren,
amerikan. Form

1 Prinz-Heinrich-Mütze für Knaben

1 Sportkragen weich, **39 Pf.**

1 Sport- od. Reise-Mütze für Herren oder Knaben

1 Regatte, Binder oder
Schleife farbig oder
schwarz **39 Pf.**

1 Regatte, Binder oder
Schleife farbig oder
schwarz **39 Pf.**

1 Regatte, Binder oder
Schleife farbig oder
schwarz **39 Pf.**

1 Regatte, Binder oder
Schleife farbig oder
schwarz **39 Pf.**

1 Regatte, Binder oder
Schleife farbig oder
schwarz **39 Pf.**

1 Regatte, Binder oder
Schleife farbig oder
schwarz **39 Pf.**

1 Regatte, Binder oder
Schleife farbig oder
schwarz **39 Pf.**

1 Regatte, Binder oder
Schleife farbig oder
schwarz **39 Pf.**

1 Regatte, Binder oder
Schleife farbig oder
schwarz **39 Pf.**

1 Regatte, Binder oder
Schleife farbig oder
schwarz **39 Pf.**

1 Regatte, Binder oder
Schleife farbig oder
schwarz **39 Pf.**

1 Regatte, Binder oder
Schleife farbig oder
schwarz **39 Pf.**

1 Regatte, Binder oder
Schleife farbig oder
schwarz **39 Pf.**

1 Regatte, Binder oder
Schleife farbig oder
schwarz **39 Pf.**

1 Regatte, Binder oder
Schleife farbig oder
schwarz **39 Pf.**

1 Regatte, Binder oder
Schleife farbig oder
schwarz **39 Pf.**

1 Regatte, Binder oder
Schleife farbig oder
schwarz **39 Pf.**

1 Regatte, Binder oder
Schleife farbig oder
schwarz **39 Pf.**

1 Regatte, Binder oder
Schleife farbig oder
schwarz **39 Pf.**

1 Regatte, Binder oder
Schleife farbig oder
schwarz **39 Pf.**

1 Regatte, Binder oder
Schleife farbig oder
schwarz **39 Pf.**

1 Regatte, Binder oder
Schleife farbig oder
schwarz **39 Pf.**

1 Regatte, Binder oder
Schleife farbig oder
schwarz **39 Pf.**

1 Regatte, Binder oder
Schleife farbig oder
schwarz **39 Pf.**

1 Regatte, Binder oder
Schleife farbig oder
schwarz **39 Pf.**

1 Regatte, Binder oder
Schleife farbig oder
schwarz **39 Pf.**

1 Regatte, Binder oder
Schleife farbig oder
schwarz **39 Pf.**

1 Regatte, Binder oder
Schleife farbig oder
schwarz **39 Pf.**

1 Regatte, Binder oder
Schleife farbig oder
schwarz **39 Pf.**

1 Regatte, Binder oder
Schleife farbig oder
schwarz **39 Pf.**

1 Regatte, Binder oder
Schleife farbig oder
schwarz **39 Pf.**

2 Paar Ersatzfüsse für Damen, schwarz oder lederfarbig (einzig od. starke Qualität) **39 Pf.**

1 Paar Herrensocken schwarz oder farbig mit besticktem Fussblatt **39 Pf.**

1 Paar Herrensocken schwarz od. moderne Farben, mit Hingel- od. Jacquardmuster **39 Pf.**

1 Küchenlampe mit Metallblende und 6 Zylinder **39 Pf.**

6 Wassergläser Diamantmuster **39 Pf.**

1 Honigdose mit Deckel **39 Pf.**

2 Blumen-
vasen
moderne Press-
muster **39 Pf.**

1 Sticker-
Washingürtel
in vielen Mustern **39 Pf.**

1 grosse
Salatgabel
Diamantmuster **39 Pf.**

6 Wassergläser grosse, neue Form **39 Pf.**

75 Papier-
servietten
bunt, gestickt **39 Pf.**

3 Gazedeckel verschiedene Grössen **39 Pf.**

1 Briefkasten **39 Pf.**

Washstoffe

Musseline imitiert, sehr grosse Sortimente.....

Zephir in vielen Streifen

Perkal Streifen oder Punkte.....

Voile gestreift.....

Ein Posten, Stück
Stuben- oder Küchenhandtücher **39 Pf.**

ca. 48 x 100 cm, gesäumt u. gebändert, weiss oder bunt gestreift

ca. 48 x 100 cm, gesäumt u. gebändert, weiss oder bunt gestreift

ca. 48 x 100 cm, gesäumt u. gebändert, weiss oder bunt gestreift

ca. 48 x 100 cm, gesäumt u. gebändert, weiss oder bunt gestreift

ca. 48 x 100 cm, gesäumt u. gebändert, weiss oder bunt gestreift

Parteigenossen!

Auf Grund des Organisationsstatuts beruft der Parteivorstand den diesjährigen Parteitag auf

Sonntag, den 14. September, abends 6 Uhr,

nach dem Volkshaus in Jena ein.

Die Eröffnung und die Konstituierung des Parteitages werden am 14. September stattfinden.

Die Festsetzung der Geschäfts- und der Tagesordnung und die Wahl der Mandatsprüfungskommission sollen am Montag, den 15. September, zu Beginn der Sitzung vorgenommen werden.

Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Geschäftsbericht des Parteivorstandes.
 - a) Allgemeines. Referent: Genosse Scheidemann.
 - b) Massenbericht. Referent: Genosse Braun.
2. Bericht der Kontrollkommission.
3. Bericht der Reichstagsfraktion. Referent: Genosse H. Schulz.
4. Reiseber. Referent: Genosse Ebert.
5. Steuerfrage. Referenten: Genossen Wurm und Dr. Südekum.
6. Anträge.
7. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der Parteitag 1914 stattfinden soll.

Parteigenossen! Bewirkt die Vorarbeiten für den Parteitag — die Wahl von Delegierten und die Stellung von Anträgen — rechtzeitig. Wo mehrere Delegierte zu wählen sind, soll nach § 7 des Organisationsstatuts unter den Delegierten möglichst eine Genossin sein.

Die Anträge der Parteioptionen müssen spätestens am 12. August im Besitze des Parteivorstandes, Adresse:

W. Pfannkuch, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

sein, wenn sie entsprechend den Bestimmungen des § 10 Abs. 2 des Organisationsstatuts im „Vorwärts“ veröffentlicht werden und in der gedruckten Vorlage Aufnahme finden sollen. Den Anträgen etwa beigegebene Begründungen werden weder im „Vorwärts“ noch in der den Delegierten zugehenden Vorlage abgedruckt.

Die Vorstände der Wahlkreisorganisationen werden dringend ersucht, dem Parteivorstande die Namen der gewählten Delegierten unter genauer Adressenangabe alsbald mitzuteilen, damit ihnen die Vorlagen und sonstigen Mitteilungen zugehen können. Außerdem müssen sich die Delegierten beim Lokalkomitee melden. Die Adresse des Lokalkomitees lautet:

H. Leber, Jena, Magdelstieg 3.

Die Mandatsformulare werden vom 15. August ab durch das Parteibureau versandt.

Mit sozialdemokratischen Grüßen

Der Parteivorstand.

Wie gewinnen wir die Jugend vom 18. bis 21. Jahre?

Die staatliche und bürgerliche Jugendpflege wendet sich an die Jugend vom 14. bis zum 20. Lebensjahre bzw. bis zum Eintritt in den Militärdienst. Der Zweck dieser Bemühungen ist zu durchsichtig, als daß er mit Erfolg verschleiert werden könnte. Es handelt sich dabei nicht um die sogenannte Jugendfürsorge oder Erziehung der Jugend, sondern um nichts anderes als um die Heranbildung gehorsamer königstreuer Rekruten. Das bekannte Wort aus Jerusalems Munde vom Schießen auf Vater und Mutter sagt in dieser Beziehung genug und kann nicht besser illustriert werden, als durch die kurrepatriotische Art und den kriegerischen Auspräg der staatlichen Jugendpflege.

Mag es auch in der vom preussischen Kultusministerium über die Jugendpflege in Preußen herausgegebenen Denkschrift heißen, daß die Aufgabe der Jugendpflege die Mitarbeit an der Heranbildung einer frohen, körperlich leistungsfähigen, sittlich tätigen, von Gemeinnut und Gottesfurcht, Heimat- und Vaterlandsliebe erfüllten Jugend ist, so befehrt uns doch ein anderer Passus in der gleichen Denkschrift, „der Schwerpunkt aller Maßnahmen ist nach der Absicht des Staatsministeriums auf die Heranziehung der männlichen Jugend zu legen“, über den wahren Zweck des staatlichen Jugendpflugesummels. Run geniebt die staatliche Jugendpflege den unschätzbaren Vorteil, daß sie sich ungehindert entfalten kann, daß sie schalten und walten kann wie es ihr gutdünkt, ohne auf irgendwelche Schwierigkeiten zu stoßen. Sie wendet sich daher unterschiedslos an die Jugend bis zum zwanzigsten Lebensjahre und zwar ohne Rücksicht auf die für Jugendliche unter 18 Jahren gezogenen Schranken des Reichsvereinigungsgesetzes. Die proletarische Jugendbewegung befindet sich in einer weniger glücklichen Lage. Ihr kommt die der bürgerlichen Jugendpflege in so reichem, die Grenzen des Befehlens überschreitenden Maße gewährte Toleranz durch die Behörden nicht zu gute. Sie muß vielmehr, da nach der Weisheit unserer geborenen und berufenen Wegweiser die politische Reife des Jugendlichen mit Ablauf des achtzehnten Lebensjahres eintritt, die Jugend einteilen in die Schichten unter und über 18 Jahre. Die Schichten unter 18 Jahren sucht die proletarische Jugendbewegung gegenwärtig zu erfassen und zwar durch eine reine Bildungs- und Erziehungsarbeit, von der alles, was auch nur im geringsten nach Politis riecht, ängstlich ferngehalten wird. Das alles hindert natürlich auf die gleiche Behandlung aller Staatsbürger, und die preussische Staatsanwaltschaft, die „objektivste Behörde der Welt“, nicht, die proletarische Jugendbewegung mit einer geradezu rührenden Sorgfalt zu behandeln und selbst aus den harmlosesten Veranstaltungen bildender und geselliger Art schwerwiegende Fälle politischer Verunstaltung der Jugend zurecht zu dreheln. Jeder, der etwas mehr von Pädagogik versteht als ein fabeltraffender Polizeileutnant, weiß, daß es nichts Bedenklicheres geben kann, als den Jugendlichen, kaum daß er die Schule verlassen hat, hineinzuziehen in den Strudel des politischen Lebens und der Parteikämpfe.

Andero steht es natürlich mit dem Jugendlichen über 18 Jahre, der schon eine gewisse Reife erlangt und eine gewisse Lebenserfahrung erworben hat. Hier muß es uns darauf ankommen, diese Schichten für die Parteioption zu gewinnen und zu pflichten- und zielbewußten Sozialdemokraten zu erziehen. Das Gewinnen dieser Schichten ist schon eine schwierige Sache; noch schwieriger aber ist es, diese Schichten an die Organisation zu fesseln und so zu erziehen, daß sie Interesse für die Partei und Parteiarbeit haben. Es müssen daher innerhalb des Rahmens unserer Parteioption oder in Anlehnung an diese Einrichtungen geschaffen werden, die sowohl in agitatorischer als auch erzieherischer Hinsicht zweckmäßig und wirkungsvoll sind. Der Gedanke einer besonderen Jugendorganisation für die ältere Jugend, wie er kürzlich wieder in der „Neuen Zeit“ angeregt wurde, scheint uns zu wenig diskutabel, als daß es sich lohnte, darauf näher einzugehen. Es kann nicht im Interesse der Sache liegen, neben der Parteioption noch eine zweite selbständige Organisation erstehen zu lassen.

Unser Augenmerk muß in erster Linie darauf gerichtet sein, die Anhänger der freien Jugendbewegung, sobald sie das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben, für die Parteioption zu gewinnen. Die Schwierigkeit liegt allerdings dann darin, diese Schichten an die Organisation zu fesseln und zu pflichtbewußten Mitgliedern derselben zu erziehen. Es kommt nicht nur darauf an, daß jemand Mitglied ist, sondern auch, daß er weiß, warum er es ist. Nur dann wird er gern und freudig die Pflichten, die im Interesse der Partei notwendig sind, erfüllen. Die Ueberzeugung von der Notwendigkeit der parteigenösslichen Pflichterfüllung kommt aber — abgesehen von einzelnen Fällen der Selbsterziehung — nicht von selbst, sondern muß anerzogen werden. Diese Erziehungsarbeit zu leisten, muß Aufgabe der Parteioption sein. Leider ist unser heutiges Parteileben wenig geeignet, diese wichtige Erziehungsarbeit zu leisten. Unsere Parteiversammlungen und Veranstaltungen gewähren dem Jugendlichen, der geistig angeregt ist, nicht die geringste Befriedigung.

Es ergibt sich aber hieraus die Folgerung: Für die Jugendlichen von 18 bis 21 Jahren müssen besondere Veranstaltungen getroffen werden und zwar solche Veranstaltungen, die einen belehrenden und anregenden Charakter tragen. Diese Veranstaltungen sollen so gestaltet sein, daß sie auf die geistigen Bedürfnisse des Jugendlichen zugeschnitten sind. Freilich müßte es sich um regelmäßige Veranstaltungen handeln, damit der Jugendliche sich an ein gewisses Organisationsleben gewöhnt. Ob sich die Einrichtung besonderer Sektionen für jugendliche Parteimitglieder empfiehlt, hängt von den besonderen Umständen ab — in Kreisen, in denen das Parteileben gut floriert und geeignete Kräfte zur Verfügung stehen, sowie auch die Jugendbewegung stark Wurzeln gefaßt hat, sollte sie angestrebt werden. Eine solche Sektion besitzt den Vorteil, eine Organisation zu sein. Sie erzieht die Jugendlichen zur Organisationsarbeit. Dadurch, daß ihren Mitgliedern ein weitgehendes Maß von Selbstbestimmung, beschränkt nur durch das Interesse und das Uebergeordnete der Gesamtorganisation, eingeräumt wird, fesselt man sie an diese Einrichtung. Die Veranstaltungen dieser Sektion müßten sowohl belehrender als unterhaltender Art sein. Belehrender Art in dem Sinne, daß der Jugendliche durch Vorträge und Diskussionen, durch Darbietung einer Bibliothek zu gründlichem Verständnis der Arbeiterbewegung und ihrer einzelnen Zweige erzogen, daß er für den politischen Kampf geschult und nach Möglichkeit theoretisch durchgebildet wird. Unterhaltender Art dergestalt, daß Wanderungen, gesellige Zusammenkünfte und festliche Veranstaltungen dem gerade in der Zeit der Jugendjahre besonders tief eingewurzelt Unterhaltungsbedürfnis des Menschen Rechnung tragen. Da die Sektionsmitglieder zugleich Parteimitglieder sind, so müßte darauf gesehen werden, daß sie auch die Parteiveranstaltungen besuchen und sich an der Parteiarbeit beteiligen. Die gemeinsame Betätigung innerhalb der Sektion wäre geeignet, ihnen diese Pflichten nachdrücklich zum Bewußtsein zu bringen. Wenn die Sektionen bei aller Bewegungsfreiheit, die man ihnen läßt, sich streng im Rahmen der Parteioptionen halten, dann werden sie im Interesse der Partei wertvolle und fruchtbringende Arbeit leisten.

In zahlreichen Fällen läßt sich freilich die Einrichtung derartiger Sektionen nicht ohne weiteres durchführen. Dann ist es zweckmäßig, besondere Ausschüsse zu schaffen, denen die Aufgabe, die ältere Jugend heranzuziehen und aufzuklären, zukommt. Auch dort, wo Sektionen bestehen, erscheinen mir derartige Ausschüsse nicht überflüssig. Ihre Tätigkeit bestünde ebenfalls darin, agitatorisch zu wirken und besondere Veranstaltungen für die über 18-jährigen zu treffen. Das letztere darf nie übersehen werden, denn dem Jugendlichen muß man, seiner besonderen Eigenart entsprechend, auch etwas Besonderes bieten. Nur dadurch kann man ihn fesseln. Was die agitatorische Tätigkeit der Ausschüsse anlangt, so müßte sich diese nach verschiedenen Richtungen hin entfalten. Im einzelnen hängt das von den besonderen örtlichen Verhältnissen ab. Es muß aber versucht werden, nicht nur an die fraglichen Altersschichten im allgemeinen, sondern auch an den Jugendlichen im einzelnen heranzukommen. Die Erfahrung lehrt, daß der Jugendliche um so eher zu gewinnen ist, je mehr man unmittelbar an ihn herantritt, je mehr man ihn als Persönlichkeit, als den Einzelnen, auf den es ankommt, behandelt.

Sind nun diese Altersschichten schon an und für sich — auch soweit man sie bereits als ausgesprochene Klassen — schwer erreichbar, so gilt dies in besonderer Maße von der großen Schicht der Indifferenten. Zu den letzteren gehört auch die beträchtliche Zahl derer, die alljährlich aus der Provinz nach der Großstadt kommen. Der größte Teil von diesen taucht unter in den Fluten des Großstadtlebens. Ein großer Teil der Indifferenten befindet sich in starkem Maße die sogenannten nationalen Sportvereine. Daß es unter den Mitgliedern dieser Vereine viele gibt, die für uns gewonnen werden können, läßt sich kaum bestreiten. Die meisten sind Mitglieder dieser Vereine entweder aus mangelnder Urteilskraft, aus Gleichgültigkeit oder aus irgend welchen anderen Gründen — am allermeisten jedenfalls aus Gründen der Ueberzeugung. Diese Schichten der Indifferenten sind daher am ehesten noch zu erfassen durch die Gewerkschaften und die Arbeiter-sportvereine. Die wirtschaftliche Not rückt auch der Indifferente und über kurz oder lang schiebt er sich der gewerkschaftlichen Organisation an, um so mehr, wenn seine Arbeits-sollagen alles tun, um ihn in dieser Beziehung aufzuklären. In den Fabriken und Werkstätten wird ein gut Teil Agitations- und Aufklärungsarbeit geleistet, die auch für die Parteioptionen in härterer Nähe als bisher nutzbar gemacht werden könnte. Die Arbeiter-sportvereine berechnen bei dem allgemeinen und erfreulichen Aufschwung, den die sportliche Betätigung auf allen Gebieten in den letzten Jahren erfahren hat, zu mancherlei Zukunftshoffungen. Die Jugend stellt den Hauptteil der Sportlustigen und wendet sich meist den zahlreichen bürgerlichen Sportvereinen zu. Daneben bestehen allerdings noch unzählige Sportvereine und Vereine, die

man weder als bürgerliche noch als proletarische Sportvereine ansprechen kann. Diese Vereine und der Sport, der bei ihnen gepflegt wird, nehmen oft das Interesse des Jugendlichen in so starkem Maße in Anspruch, daß er für andere Dinge überhaupt nichts mehr übrig hat. Das mag eine unangenehme Erscheinung sein, aber man muß sie verstehen lernen und die notwendigen Schlüsse daraus ziehen. Durch die Förderung der Arbeitersportvereine, durch die Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit läßt es sich erreichen, daß die sport- und vereinslustigen Schichten der Bevölkerung, wovon der größte Teil zu den Jugendlichen über 18 Jahre gehört, immer mehr von der Arbeitersportbewegung erfaßt werden.

Darauf muß es uns zunächst ankommen. In der Indifferente erst einmal eingetreten in den Bannkreis der modernen Arbeiterbewegung, dann kann es nicht ausbleiben, daß er mit der Zeit auch zur sozialdemokratischen Ueberzeugung gelangt und für die politische Organisation gewonnen wird. Dazu ist aber wie in jeder anderen Beziehung eine gründliche und planmäßige Agitations-tätigkeit notwendig, deren Angelpunkt wieder besonders von den bereits erwähnten Ausschüssen getroffen für die Jugendlichen über 18 Jahre zurechtgeschchnittene Veranstaltungen sind.

Wenn die hier bezeichneten Wege — aus der Praxis dürften sich deren noch mehr ergeben — beschritten werden, dürfte ein gewisser Erfolg nicht ausbleiben. Uebertriebene Erwartungen sind allerdings nicht am Platze. Man bedenke, daß sich in der Zeit des 18. Lebensjahres und wohl auch schon früher das Erwachen des Geschlechtstriebes im Menschen vollzieht, das von so durchgreifendem Einflüsse auf das Seelenleben des Menschen, auf seine Stimmungen, auf sein Tun und Handeln ist, daß es ihn in vielen Fällen fast vollständig in Anspruch nimmt. Auch der bevorstehende Eintritt in den Militärdienst hält so manchen Jugendlichen davon ab, in die Parteioption einzutreten.

Je früher die geistigen Bedürfnisse eines Menschen gemehrt und angeregt werden, je früher seine Charakter- und Willensbildung einsetzt, um so eher und kräftiger wird sich damit auch ein gewisses moralisches Pflichtbewußtsein in ihm entwickeln und ihn in den Stand setzen, späteren ethischen Einflüssen erfolgreich zu widerstehen und sich durch die Räte und Irrgänge der Geschlechts- und Pflanzjahre hindurchzumindehen, ohne dabei seine geistigen Bedürfnisse und seine Pflichten gegenüber der modernen Arbeiterbewegung zu vergessen. Damit gelange ich zu dem Ergebnis: Stärken und fördern wir die freie Jugendbewegung, suchen wir den Jugendlichen so früh als möglich, sobald er die Schule verläßt, zu gewinnen und im Sinne der proletarischen Weltanschauung, zu einem geistig und sittlich geleiteten Menschen zu erziehen, damit er, wenn er in die Zeit der politischen Reife eintritt, um so leichter erkennt, wozu er gehört und die Konsequenz daraus zieht, oder aber, falls er dies nicht tut, durch die einsetzende Agitation mit Leichtigkeit für die Parteioption gewonnen wird. Sorgen wir dann aber auch dafür, daß der Jugendliche durch geeignete Einrichtungen — so schlägt z. B. der Berliner Bezirksbildungsausschuß in seinem Leitlinien der Organisationen besondere Einführungskurse für die Jugendlichen von 18—21 Jahren vor — innerhalb der Organisation an diese gefesselt wird, so gefesselt wird, daß er ihr mit Leib und Seele ergeben bleibt!

Aus der Partei.

Sozialistische Blindenliteratur.

Von der „Neuen Zeit“ Organ zur Pflege sozialistischer Weltanschauung unter den Blinden deutscher Sprache, sind die Nummern 4 und 5 des vierten Jahrganges erschienen. Die Hefte haben u. a. folgenden Inhalt: Marx und Darwin. Von A. Pannekoek. Rüstungstammel und Jubiläumskraus. Von P. Richter. Das kommunistische Manifest. Wider die religionsfeindliche Sozialdemokratie. Aus der Gegenwart: Die preussischen Landtagswahlen. 50 Jahre sozialdemokratische Partei. Wäckerle: Die Erwerbsverhältnisse der Blinden. Feuilleton: Die Nachbarn. Von Marie v. Eber-Eschenbach. Hierzu die wissenschaftliche Beilage — Der Bezugspreis des in Braille- oder Kurzschrift gedruckten Blattes beträgt bei jährlichem Erscheinen 3,50 M. für Deutschland und Oesterreich-Ungarn und 4,50 M. für die übrigen Staaten. — Anfragen und Bestellungen sind an A. Wendt, Berlin NW. 20, Wiesenstr. 36, zu richten. Die Zeitschrift wird nicht durch den Buchhandel vertrieben, sondern kann nur durch die obige Stelle bezogen werden. Die Parteigenossen werden gebeten, die ihnen etwa bekannten Blinden auf das Organ aufmerksam zu machen.

Aus Industrie und Handel.

Der Bezugs der Gemüsebauern.

Einen gehörigen Rißzug wollen die Handelsgärtner und Gemüsebauern gelegentlich der nächsten Handelsverträge machen. Zu einem hohen Zoll auf ihre Produkte ist es bei den letzten Verhandlungen nicht gekommen, weil die verschiedenen Standesvereinigungen sich über die Höhe ihrer Forderungen nicht einigen konnten. Dieser Uebelstand soll diesmal von vornherein vermieden werden und alle am Gemüsebau beteiligten Kategorien sollen gegenwärtig gleichzeitig in Breslau, um ihre Forderungen an die Regierung zu formulieren. Wie sie das anstellen, zeigt, daß sie gelehrte Schüler des Bundes der Landwirte sind. Der Referent in der Versammlung der Handelsgärtner, ein Herr Vedmann, rief in den Saal: Wir sind zwar keine Millionäre, aber die Ausgabe für die neue Herrensportanlage zwingt uns, für neue Einnahmen zu sorgen! Was bleibt die Gegenleistung der Regierung? 1813 hat das Volk unser Land von der Fremdherrschaft Napoleons befreit, jetzt möge die Regierung ihre Versprechungen wahr machen und uns von der Fremdherrschaft der ausländischen Gemüse befreien! Man sieht, der hohe Idealismus des deutschen Landwirts weiterleuchtet förmlich in diesen Argumenten, in denen die Herrschaften auch die Rückzahlung des Wehrbeitrages durch die minderbemittelte Bevölkerung schon berechnet haben. Nicht viel milder ging der Referent im Verein der Gemüsezüchter, Herr Fuhr-Friedenau ins Zeug, der sich über die Unwissenheit ausländischer Gemüse besagte, die in Deutschland eingeführt und gegessen werden. Der deutsche Gemüsebau sei vom Reich tiefmütterlich behandelt worden, von den 23 Millionen (?) die für die Landwirtschaft ausgegeben seien, habe der Gemüsebau gar nichts erfahren. Die wahren Freunde der Gemüsebauern seien die rechtsstehenden Parteien, denn die Linke habe den Kartoffelzoll ausgehoben! Schließlich nahm man folgende Resolution an:

Die heute zu Breslau in der Hauptversammlung des Bundes Deutscher Gemüsezüchter zahlreich versammelten Gärtner und Landwirte erkennen dankbar die von der Staatsregierung in Aussicht genommenen Maßnahmen zur Förderung des heimischen Gemüsebaues an. Sie erblicken jedoch einmütig in einem ausreichenden, bisher einseitig vernachlässigten Zollschutze für unter deutsches Gemüse den sicheren und mächtigsten Hebel sowie den wirksamsten Anreiz, dem deutschen Gemüsebau die ihm gebührende Stelle in unserer Landwirtschaft und Volkswirtschaft zu verschaffen. Zu beachten ist besonders, daß sich demnach sofort ein Regierungsvertreter, Geheimrat Pönitz, erhob und sein Einverständnis mit den Forderungen der Gemüsebauern ausdrückte; er

Gewerkschaftliches.

Ein Riesenkampf in Lodz.

40 000 Textilarbeiter ausgesperrt.

In dem russisch-polnischen Randgebiet, in Lodz, ist seit zwei Wochen einer jener verheerendsten Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit im Gange...

Das Martyrium der Lodzjer Textilarbeitersektion seit einer Reihe von Jahren läßt sich kaum beschreiben. In den Jahren 1905-1906 haben die Lodzjer Arbeiter mit Feuerzettel ausgebauter Gewerkschaften gearbeitet...

Es sollte jedoch noch besser kommen. Im letzten Winter traten zu der Peitsche der Hungerlöhne noch die Skorpionen der Arbeitslosigkeit. Eine schwere Krise erschütterte die Lodzjer Textilindustrie...

Die „Gesellschaft für schnelle ärztliche Hilfeleistung“ wurde vom Lodzjer Polizeihauptmann über die Zahl der vorkommenden Unfälle am 9. März dieses Jahres befragt und antwortete ihm folgendes:

Wir haben die Ehre, folgende von der Rettungsstation der Gesellschaft in Lodz registrierten Angaben mitzuteilen. Im Januar (des Jahres 1913) wurde schnelle Hilfe bei 419 Unfällen...

Im Mai gab es in der Petersburger Duma eine Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion in Sachen des Notstands und der Arbeitslosigkeit in Lodz.

Endlich erfolgte im Frühjahr eine Besserung. Auf die

Krise folgte eine starke allgemeine Belebung der Geschäfte in der Textilindustrie. Seit Mai/Juni haben die Fabriken in Lodz alle Hände voll zu tun. Selbsterständlich beschloßen die Arbeiter, auch für sich von der guten Konjunktur einigen Nutzen zu ziehen...

Der Plan der Unternehmer ist klar: die Arbeiter sollen gleich bei dem ersten Versuch, aus dem Elend herauszukommen, eines besseren belehrt werden. Ihnen soll sofort der Fuß auf den Raden gesetzt werden...

Die brutale Taktik der Unternehmer hat begreiflicherweise unter der Lodzjer Arbeiterschaft die größte Erbitterung hervorgerufen. Die Erregung wird noch gesteigert durch die Kosaken-Sotnien, die auf Wunsch der Fabrikanten Lodz überschwemmt haben...

So stehen wir vor einer gewaltigen Kraftprobe des Kapitals mit schwerst geprüften seiner Opfer. Die Aussichten der Arbeiter sind bei aller Brutalität der Unternehmer nicht schlecht. Die heiße Zeit der Konjunktur drängt, die Vorräte an fertiger Ware sind gering...

Berlin und Umgegend.

Tarifbewegung der Vinoleum- und Teppichleger.

Die im Verband der Sattler und Vorleufwerke organisierten Vinoleum- und Teppichleger stehen in einer Tarifbewegung. Der jetzt bestehende Tarif läuft am 1. September dieses Jahres ab...

besuchte Versammlung mit dem von der Tariff Kommission ausgearbeiteten Vertragsentwurf. Die bisherigen Stunden- sowie Akkordlöhne sollen im Durchschnitt um zehn Prozent erhöht werden...

Zu dem Konflikt im Hoppoldt-Ausschank, Hasenhalde 82/88, sei mitgeteilt, daß die Verhandlungen zu einer Verständigung und zum Abschluß eines Tarifvertrages zwischen dem Betriebsleiter Herrn Prokopiwski und dem Verband der Gastwirtsgehilfen geführt haben...

Bei den Verhandlungen war ein Vertreter der Brauereidirektion zugegen und bemühte sich, die Differenzen beizulegen. Die Sperre über den Hoppoldt-Ausschank ist hiermit aufgehoben.

Achtung, Friseurgehilfen! Tariflich geregelt sind die Verhältnisse bei Schwanebeck, Korffstr. 16; Laute, Migaer Str. 4; Mittelstedt, Rantowstr. 60; Scheel, Rantowstr. 1; Böhndorf, Rantowstr. 68; Damerow, Staliger Str. 140; Marx, Jönckstr. 11.

Deutsches Reich.

Die Differenzen in den Hamburger Werftbetrieben.

Es wird gemeldet: Am Dienstag sind langwierige Verhandlungen zwischen Werftbesitzern und Vertretern der Arbeiterschaft geführt worden, die aber schließlich auf dem toten Punkt anlangten. Man wähle dann eine Unterkommission...

Auf der Weichseln Schiffswerft in Varsh an der Elbe haben sämtliche 30 dort beschäftigten Arbeiter wegen Nichtbewilligung einer Lohnforderung die Arbeit niedergelegt. Die Arbeiter hätten um eine Erhöhung des gegenwärtig um 25 bis 33 Pf. betragenden Stundenlohnes um 5 Pf. gebeten...

Hesberg, der starke Mann.

In Blankensee bei Hamburg handelt der Agent Adolf Hesberg mit Streifbrechern. Dieser Blankenseer Menschenhändler hat auch Arbeitswillige den Embener Hafensbetriebsunternehmern geliefert.

Wenn Sie ein bisschen schlauer wären, dann würden Sie sich bei herausragenden Streifbrechern nicht solcher dummen Mittel bedienen, auch sind Sie ein schlechter Klassenverwalter des Transportarbeiterverbandes...

Kleines feuilleton.

Der Vater der modernen Physiologie. Claude Bernard ist nicht Physiologie, sondern die Physiologie selbst — in dieses folge Lob schenken die Franzosen ihr Urteil über Claude Bernard zusammen, und es kommt der Wahrheit ziemlich nahe...

Im Jahre 1839 entschied sich Claude Bernards Schicksal. Aus dem armen Studenten der Medizin wurde ein Geschäfte-Magazin, damals war die Physiologie ein recht dunkles Gebiet. Es herrschte in Frankreich noch die Ansicht Galbens, der die Tierveruche verworfen hatte...

Frankreich hat sich dem großen Physiologen bei dessen Lebzeiten dankbar erwiesen. Auf seine Anregung hin wurden zwei physiologische Laboratorien, eines an der Sorbonne, eines im Naturwissenschaftlichen Museum eingerichtet...

Einfachheit und Arbeit. In Dresden ist für das Hoftheater ein neues Gebäude errichtet worden. Als letzte Vorstellung im alten Haus wurde Arienhilds Raue von Hebbel gegeben.

noch einmal hoch und der Intendant Graf Seebach hielt eine Ansprache, aus der wir folgendes entnehmen: „Es ist Ihnen bekannt, daß die Generaldirektion keinen sehr ausgeprägten Sinn für Feiertage hat.“

Die Einfachheit dieser Worte ist um so erfreulicher, als das königliche Schauspielhaus in Dresden tatsächlich in einer Weise geleitet worden ist, die auch in der sozialdemokratischen Presse kritische Unternehmung gefunden hat.

Wie aber soll sich nun der demokratische Journalist in Würde fassen, wenn er seiner Freunde über diese Einfachheit einen geschickten Ausdruck geben will?

Oder muß er vielleicht sagen: Obwohl diese Worte aus höflichen Kreisen kommen, haben sie uns gefreut!

Wir wollen einen Gelehrten fragen.

Zwei Bekennnisbriefe Verdis. Zwei interessante, für das Temperament und die Weisheit Verdis charakteristische Briefe des Meisters, beide an einen Freund in Sant Agata gerichtet...

„Ich habe nie daran gedacht.“ Und in einem früheren Briefe aus Genua, vom 17. Mai 1882, schreibt der Meister: „In Frauen musikalischer Überzeugung muß man weisheitsvoll sein und ich für meine Herzen bin duldend.“

Wuff!

Sommer-Oper im Schiller-Theater O. Der Auführung des „Don Juan“ von Mozart möchte man wohl mit

einiger Besorgnis entgegenzusehen. Dies um so mehr, als einem vollkommenen Gelingen hier vornehmlich die unzulängliche technische Bühneneinrichtung widersteht; auch legt ja der allzukleine Orchesterraum dem Instrumentalkörper unüberwindlich enge Grenzen. Nun, die Regie erwies sich auch diesmal als unglücklich genug; und die kleine von Alfred Schinl verständigt geleitete Kapelle tat ihre Schuldigkeit...

Notizen.

— Eine neue Berliner Volksoper plant Direktor Bogin, der zurzeit die Krolloper gepachtet hat. Es ist bereits eine G. u. S. gebildet worden, die nur ein possendes Theater sucht.

— Das Deutsche Künstler-Theater (Sozialist), das seine Vorstellungen Anfang September mit „Wilhelm Tell“ beginnt, bringt als zweite Aufführung Kleists Lustspiel „Der zerbrochene Krug“ und „Hanneles Himmelfahrt“ von Hauptmann.

— Im Josef-Kainz-Theater am Neuen Wall wurde am Donnerstag zum ersten Male Goethes „Iphigenie“ aufgeführt. Dieses für ein Freitheater besonders geeignete und über seine Leistungsfähigkeit entscheidende Drama fand eine würdige und gelungene Wiedergabe.

— Der Platz für das Heine-Denkmal. Das von Lederer für Hamburg entworfene Heine-Denkmal hat nunmehr seinen definitiven Platz vom Senat angewiesen bekommen: in dem neu angelegten Stadtpark in Winterhude. Der Senat hat sich also von den Heine-Begnern nicht einschüchtern lassen und sein Versprechen eingelöst.

— Richtigkeit der Buchmache. Es wird eine Broschüre angekündigt, die Bürgermeister Trömel's Erlebnisse in der Fremdenlegation (selbstverständlich illustriert) behandelt. Die Senation des Sommergeschäfts“ verspricht sowohl Aufklärung über das Verschwinden Trömel's wie Schilderung seiner Erlebnisse in der Legation. — Woher nehmen und nicht stehlen, sagte man früher.

— Gorkis Rückkehr nach Russland, die wiederholt angekündigt und — demontiert wurde, wird wieder einmal in Aussicht gestellt. Die russische literarische und künstlerische Welt begrüßte die Nachricht mit großer Freude. Man hofft, daß Gorki noch seiner Rückkehr auf den heimatischen Boden einen starken dichterischen Aufschwung erleben wird. Denn Vätern trotz der Anwesenheit ihn nicht gelegentlich nach Sibirien verbannt.

SAISON-AUSVERKAUF

Nur noch 2 Tage

sind Restbestände in Jackett- und Rockanzügen trotz der billigen Saisonverkaufspreise bis teilweise auf die Hälfte des Preises herabgesetzt.

Jackett-Anzüge für Herren

- Serie I gemusterte Buckskins, 2reihig Jetzt **13⁵⁰**
- Serie II braun und grau gemustert, Cheviot Jetzt **19⁷⁵**
- Serie III Cheviot- und Kammgarnarten, 1 und 2reihig Jetzt **24⁵⁰**
- Serie IV blau, marengo u gemusterte Cheviots, 1 u. 2reihig Jetzt **32⁷⁵**

Jackett-Anzüge für Herren

- Serie V marengo, blau und fein gemust. Melton-Cheviots, 1 und 2reihig Jetzt **37⁵⁰**
- Serie VI gemust. Cheviots u. Kammgarn, 1 und 2reihig Jetzt **41⁵⁰**
- Serie VII „Ersatz für Maß“, vornehm gem. Cheviots und Kammgarn, 1 und 2reihig Jetzt **45²⁵**
- Serie VIII aus Maßstoffen gefertigt. Muster u. Modelle in Ausführung, 1 und 2reihig 63.- u. Jetzt **54⁰⁰**

Rockanzüge, Cutaway u. Westen für Herren

- Serie IX gemusterte und schwarze Rock-Anzüge Jetzt **19⁵⁰**
- Serie X gemust. Cheviots u. Kammgarn-Rock-Anzüge Jetzt **28⁵⁰**
- Serie XI Cutaway u. Weste, marengo Cheviot auf 2 u. 3 Kn. Jetzt **29⁵⁰**
- Serie XII Cutaway und Weste, marengo Melton-Cheviot, vornehme Ausführung Jetzt **41⁵⁰**

Gehrock-Anzüge schwarz Tuchkammgarn, gute Verarbeitung Jetzt **37⁷⁵**

Gehrock-Anzüge tiefschwarz Tuchkammgarn teilweise m. Seidenbesatz Jetzt **46⁵⁰**

Prompter Versand nach außerhalb!

Oben aufgeführte Artikel sind zum größten Teil Erzeugnisse unserer Kleiderwerke und zeichnen sich durch vorzüglichen Sitz und gute Verarbeitung aus

Prompter Versand nach außerhalb!

Sonntags nur von 8 bis 10 Uhr geöffnet

BAER SOHN

BERLIN — GEGRÜNDET 1891
Chausseestraße 29-30
11 Brückenstraße 11
Große Frankfurter Str. 20
Schöneberg, Hauptstr. 10

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. — C. 54, Linienstr. 83/85.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Am Montag, den 14. Juli 1913, abends pünktlich 8^{1/2} Uhr findet eine

außerordentliche Generalversammlung

unserer Verwaltungsstelle statt

im großen Saal der Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain 23.

Tagesordnung:

Der internationale Metallarbeiterkongreß in Berlin.

Mitgliedsbuch und Legitimationskarte sind vorzuzeigen; ohne diese kein Zutritt. Vertretung ist nicht zulässig. Besondere Einladungen erfolgen diesmal nicht. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche.

Montag, den 14. Juli, abends 8^{1/2} Uhr, bei Wille, Sebastianstraße 39:

Versammlung

Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht vom zweiten Quartal, 2. Sektionsangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Zahlreichen Besuch aller im Gips- und Betonbaugewerbe beschäftigten Kollegen erwartet mit kollegialem Gruß.
Der Sektionsvorstand. A. L.: Paul Hähne.

Kreuzberger Harmonie!

Das Waldfest in der Königshelde am Sonntag, den 13. Juli, findet umständehalber nicht statt.

Ortskrankenkasse der Drechsler und verw. Gewerbe zu Berlin.

Eine

Außerordentliche General-Versammlung

findet am Donnerstag, 17. Juli 1913, abends präzis 8 Uhr, im Marinensaal, Brandenburger Ufer 1 (Ruhmesaal), statt, wozu die Vertreter der Kasse ergebenst eingeladen werden. 15055

Tagesordnung:
Stellungnahme zum Bescheide des Oberversicherungsamts.

Der Vorstand.
A. L.: G. Ticht, Vorsitzender.

300 Mark 104⁴

Anzahl an verl. Pers. von 2000 R. an 10 St. Tour elektr. Bahn, Linie 164, Köpenickbrücken, Hauptstr. 17, St. pt

Bis **75%**

Arenstein

Bis **75%**

Preisermäßigung

Schuhhaus ersten Ranges

Preisermäßigung

Zentrale:

Andreasstraße 59.

Nur erstklassige Fabrikate! Konkurrenzlos in Qualität u. Paßform. Unser diesjähriger, stadtbekannt billiger

Saison-Ausverkauf

bietet außergewöhnlich große Vorteile. Wir bezwecken damit die vollständige Räumung der im Laufe des Jahres angesammelten Sortiments-Reste. Ohne Rücksicht auf den früheren Wert sind sämtl. Waren teils unsortiert im Preise herabgesetzt und werden, soweit der Vorrat reicht, zum Verkauf gestellt.

Verkaufsstellen:
Andreasstraße 59
Turmstraße 58
Königsberger Straße 8
Frankfurter Chaussee 4
Wilmsdorfer Str. 57
Joachimsthaler Straße 6

Einige Beispiele unserer sensationellen Billigkeit

Kein Umtausch. — An jedem Paar ist der frühere Preis ersichtlich. — Besichtigung ohne Kaufzwang wird erbeten.

Herren-Stiefel

Rindbox- u. Roß-Chevreau-Schnürstiefel mit Derby-Lackkappen, auch Zugstiefel u. Schnallenstiefel, früher bis 10.50, jetzt **5⁹⁰**
Gelb-Kalbfeder-Schnürschuhe, glatt Boxcall-Zugstiefel, la Chromlack, schwarz u. braun Chevreau-Schnürschuhe m. hochmodernen Einsetzern, Origin.-Goodyear-Welt, früher 12.50 16.50, jetzt **8⁵⁰**

Braun und schwarz Chevreau-Schnür- und Knopfstiefel, mit u. ohne Lackkappen, in Original-Goodyear Welt, früher 12.50
Herren-Knopf- u. Schnür-Stiefel in Chromlackbesatz u. hochmod. Einsetzern, sowie hellgelb kalbled. Orig.-Goodyear-Welt, früh 12.50 16.50, jetzt M. **10⁹⁰**

jetzt **7⁹⁰**

Schwarz Chromid-Schnürstiefel, Derby-Lackkappen, früher 7.50 jetzt **4⁹⁰**

Damen-Stiefel

Braun u. schwarz Chevreau- und Boxcall-Schnür- u. Knopfstiefel, Orig. Goodyear-Welt, verschied. Ausführung, auch in ganz Lack, früh v. 12.50 bis 18.-, jetzt **6⁹⁰**

Chrom-Lack-Besatz-Knopf- u. Schnürstiefel mit Kammgarn und Stoff-Einsetzern, neue amerikanische Formen, früher bis 12.50
Chrom-Lack-Besatz-Knopf- u. Schnürstiefel mit la Samtkalbf-Einsetzern in verschied. Farben, höher 18.50 jetzt **10⁹⁰**

Ein großer Posten Leder-Hauschuhe in schwarz, braun Damen 1.75, Herren 2.45

Damen-Halbschuhe

Roß-Chevreau-Schnür- und Knopfstiefel in braun und schwarz mit Lackkappen, früher 7.50 8.50, jetzt **4⁹⁰**
Braun Boxcall, beige und grau, braun Cherr.-2-Knopfschuhe, feinste Wiener Handarbeit früher 16.50 jetzt Ganz Chrom-Lack-Pumps, Oxfordschuhe früher 12.50
Chrom-Lack-Schnür, Knopf, Pumps und Oxfordschuhe mit Samtkalbf oder Stoff-Einsetzern. — Original-Goodyear-Welt — früher 12.50 14.50, jetzt **6⁹⁰**

Ein Posten Ca. 2000 Paar Damen-Abend- u. Straßen-Schuhe, feinste Wiener u. französische sowie beste indische Fabrikate, in Lack, Samt, Atlas, Bronze, Samtkalbf, Wert v. 10.30 bis 18.-, jetzt **2⁵⁰**
3⁵⁰ 4⁵⁰



Kinder-Stiefel

Braun, Ziegen- und Knopfstiefel, auch mit Lackblatt, Größen 18-22, früher 1.25 bis M. 2.50 Jetzt **1²⁵**
Kinder-Rind-Box-Schnürstiefel, dauerhafte Straßenstiefel, breite bequeme Form, jetzt 23-24 25-26 27-30 31-35 **2.50 2.75 3.25 3.75**

Braun und schwarz Chevreau-Schnürstiefel mit Lackkappen 23-24 25-26 27-30 31-35 **2.95 3.25 4.25 4.50**

Damen-Linnen-Schuhe

(Eröffne demnächst Belle-Alliance-Str. 104 eine neue Verkaufsstelle)

Vorort-Nachrichten.

Pantow.

Herr Polizeikommissar Beder, der sich bekanntlich um den Posten eines Polizeikommissars für Brandenburg a. S. beworben hatte...

Kinderspiele.

Der Arbeiter-Turnverein Pantow veranstaltet des Sonntagmorgens mit den Kindern Spiele auf dem Turnplatz...

Grünau.

In der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins, die leider schwach besucht war, sprach Genosse Neumann-Adlerhof...

Reinickendorf-West.

Ferientage. Während der Ferien werden jeden Dienstag und Donnerstag von 2-6 Uhr nachmittags Kinderspiele veranstaltet...

Nieder-Schönhausen, Nordend.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Kinderausflug. Morgen Sonntag, findet der geplante Ausflug der Kinder und deren Eltern nach Hermsdorf statt...

Adlershof.

Gewerkschaftsfest. Sonntag, den 13. Juli, findet in Wöllfens Lustgarten, Bismarckstr. 24, das Gewerkschaftsfest statt...

Friedrichsfelde.

In der letzten Mitgliederversammlung sprach die Genossin Anna Ratjche über „Militarismus und Arbeiterschaft“...

Bris-Pantow.

Die hiesigen Ferientage der Arbeiterschaft sind wie folgt festgesetzt. Der Treffpunkt ist stets Ringiusstraße, Ecke Jahnstraße...

Röpenitz.

Auf zum Volksfest! Der organisierten Arbeiterschaft Röpenitz nochmals zur Nachricht, daß unser Volksfest am nächsten Sonntag, den 13. d. Mts., im Walde beim Rügelschloßchen stattfindet...

Kolonisten dieselben nicht davon abgehen, so erlauben wir die organisierten Arbeiter, ihre eigenen Beschlüsse hochzuhalten...

Eingegangene Druckschriften.

- Die Rückgabe des Elfaß an Frankreich unmöglich! Von Dr. H. C. Schloffer. 60 Bl. D. Wilmann, Leipzig-Go.
Recht und Arrän, eine Studie von Dr. v. Kaufh. Leipzig, W. Dpct. Geb. 1 M.
Hundert Frauen. Ein lustiges Buch von G. Hoffkeller. 3 M., geb. 4 M. Dr. E. Habinowit Verlag, Leipzig.
Der Flieger. Roman von L. Ubell. 3 M., geb. 4 M. Rütten u. Loening, Frankfurt a. M.
März. Heft 27. Wochenchrift von H. Langen und L. Thoma. 10 Pf. Selbstverlag, München.
Der Kampf. Sozialdem. Monatschrift Ostpreußen. Heft 10. Jahrgang 6 Nr. - Verlag: G. Ummerling, Wien V 1.
Die wichtigsten Bestimmungen über die Unfallversicherung und über die Anwalts- und Hinterbliebenenversicherung nach der Reichsversicherungsordnung. 2. Aufl. Preis 10 Pf., 10 Exempl. 80 Pf. Vereinigung zur Fürsorge für Kranke Arbeiter in Leipzig.

Saison-Ausverkauf! S. Hoffmann, Charlottenburg Wilmersdorfer Straße 12, Ecke Schulstraße empfiehlt zur Reise-Saison sein reichhaltiges Lager von Herren- und Knaben-Garderoben zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Elektrische Beleuchtung zu Pauschalpreisen für 1, 2 u. 3 Zimmerwohnungen in Schöneberg, Wilmersdorf und Schmargendorf.

Der jährliche Strompreis beträgt für 1 Zimmerwohnungen 24 M., für 2 Zimmerwohnungen 36 M., für 3 Zimmerwohnungen 54 M. Zählermieten oder sonstige Gebühren werden nicht erhoben.



Herabgesetzte Preise teilweise bis zur Hälfte. Nur noch 3 Tage! Saison-Ausverkauf

Table with 4 columns: ANZÜGE, PALETOTS, HOSEN, ANZÜGE. Each column lists different clothing items and their prices, such as 'Bucksinstoffe 18.00' and 'Dkle. Cheviotst. 15.50'.

Gottlieb Weiss

Schöneberg, Hauptstrasse 161, Ecke Stubenrauchstrasse

